

Wöchentlich 80 Pf., monatlich 2,40 M.,
in voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M.
einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und
72 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welf
und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Freizeit-
stunde“, „Lehni“, „Bild in die
Schmerz“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparierung
des Plenums, Restanteile 2.— Reichs-
markt, „Kleine Anzeigen“ des ein-
gedruckte Wort 25 Pfennig (zwei-
seitiggedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig, Streifenwerbung das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstabe
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen 3c je
40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft, Anzeigenkarte 2, wochentlich
von 6/1, bis 17 Upr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Rechnung: Dindorf 299-297 Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65, Et. 8 u. Dick-Gel., Postfach Lindenstr. 3.

Wer führt wen?

Das Panzerschiff B und die Geheimnisse seiner Geburt.

Das Reichskabinett hat sich gestern nachmittag in seiner letzten Sitzung vor der Osterpause entschieden, die Beschlüsse des Reichsrats, die erste Rate für das Panzerschiff B in den Etat für 1930 einzustellen, dem Reichstag als Grundlage seiner Beratung zuzuleiten.

Das Reichskabinett hat damit von der Einbringung einer Doppelvorlage abgesehen, es stellt sich hinter den Beschluß des Reichsrats.

Als die ersten Mitteilungen über den Beschluß der vereinigten Reichsratsausschüsse in die Öffentlichkeit gelangten, ließ die Reichsregierung mitteilen, daß sie dem Reichstag eine Doppelvorlage zuleiten werde. Mit dieser offiziellen Mitteilung sollte der Eindruck erweckt werden, daß die Reichsregierung durch die Beschlüsse der Reichsratsausschüsse überrascht worden sei, und daß sie auf einen solchen Beschluß nicht hingewirkt habe.

Ganz in diesem Sinne nahm die Presse des Zentrums und der Demokraten, der stärksten und der drittstärksten Regierungspartei, zu der Angelegenheit Stellung. Besonders das Organ der Partei des Herrn Reichstanzlers, die „Germania“, gab mit großer Entscheidung zu verstehen, daß die Reichsregierung nicht wünsche, den Etat für 1930 mit einer ersten Rate für Panzerschiff B zu belasten. Die „Germania“ schrieb noch gestern Abend:

„Wenn außerdem der Reichsfinanzminister zur Kenntnis bringt, daß die Regierung sich nach Verabschiedung des Haushalts durch den Reichstag mit der Frage von Doppelvorlagen beschäftigen will, so wird darin deutlich und klar angekündigt, daß die Regierung sich von einigen Beschlüssen des Reichsrats zu distanzieren wünscht. Das bezieht sich nach unserer Kenntnis der Dinge in erster Linie auf den Beschluß, den die Reichsratsausschüsse gestern über den Panzerkreuzer „B“ gefaßt haben. Die Sozialdemokratie und ihre Presse hatten natürlich nichts Eiligeres zu tun, als über die Regierung Brüning herzufallen, als ob sie, wie der „Sozialdemokratische Presseklub“ so stimmungsvoll sagt, „im Begriff sei, dem deutschen Volke nach den Steuer- und Zollvorlagen noch ein weiteres Opfer zu beschaffen“.

Die Regierung Brüning steht, wie „Der Deutsche“ in seiner Nr. 9 vom Mittwoch ganz richtig ausführt, mitten in politischen Maßnahmen, die „nicht populär sein“ können. „Die Hinterlassenschaft des alten Kabinetts sind: zerrüttete Finanzen, Schulden, schlechte Wirtschaftslage, ein Heer von Arbeitslosen, verzweifelte Bauern und ein gefährlicher Radikalismus, besonders unter der Jugend... Das Kabinett muß zur Ordnung der Finanzen die Steuern erhöhen, muß sparen und einschränken.“

Unter diesen Umständen wird und kann sich die Regierung nicht zu Maßnahmen verstehen lassen, die jetzt nun einmal nicht getroffen werden können. Dazu gehört auch der Panzerkreuzer „B“.

Das war gestern nachmittag. Inzwischen konnte die Presse der Rechten bereits mitteilen, daß das Reichskabinett sich hinter den Reichsrat stellen werde. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ war zu lesen, daß die überwiegende Mehrheit der Kabinettsmitglieder gleichfalls für den Neubau sei. Die deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“ kündigten das gleiche an. Die Presse der Rechten war besser informiert als das Organ der stärksten Regierungspartei. Am Abend stellte sich heraus, daß das Reichskabinett keine Doppelvorlage einbringen würde, daß es vielmehr vor dem Reichstag den Beschluß des Reichsrats vertreten will. Das Vertrauen der „Germania“ auf eine ablehnende Haltung des Reichstanzlers ist sehr rasch enttäuscht worden.

Indessen handelt es sich bei dem Beschluß des Reichskabinetts keineswegs um eine Überraschung. Es ist nicht so, daß das Kabinett noch am Montag und Dienstag den Willen zu einer Doppelvorlage gehabt hätte und daß es heute erst zu einer anderen Entscheidung gekommen

sei. Es ist vielmehr so, daß der Beschluß des Reichsrats mit Wissen und Willen der Reichsregierung erfolgt ist, ja, daß die eigentliche Verantwortung für diesen Beschluß bei der Reichsregierung liegt.

Groener für Panzerschiff.

Wie kam es zu diesem Beschluß des Reichsrats? Als die Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag zu einem Ergebnis geführt hatten, faßte der ostpreussische Provinziallandtag eine Entschließung, die die Einstellung einer ersten Rate für den Panzerkreuzer B in den Etat für 1930 forderte. Diese Entschließung gab der Forderung eine ungewöhnliche politische Begründung. Sie behauptete, daß der Bau eines zweiten Panzerkreuzers notwendig sei, um die Provinz Ostpreußen vor polnischen Geleitschiffen zu schützen. Der ostpreussische Provinziallandtag nahm damit nicht nur Stellung gegen den Beschluß der damaligen Regierung, die auch die Einstellung einer sogenannten Anerkennungsgeld in den Etat für 1930 abgelehnt hatte, er wandte sich zugleich sehr stark gegen die allgemeinen politischen Richtlinien, die Reichsaußenminister Curtius bei seinen Verhandlungen über den Vertrag mit Polen vertreten hatte.

Freiherr v. Gahl hat einen der Entschließung des Provinziallandtages für Ostpreußen entsprechenden Antrag in den vereinigten Reichsratsausschüssen gestellt. Dieser Antrag wurde am Montag in zweiter Lesung in den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats beraten. Der Antragsteller, Freiherr v. Gahl, war selbst nicht anwesend. Dennoch wurde der Antrag begründet und mit aller Kraft vertreten, und zwar — vom Reichswehrminister, Herrn Groener, selbst. Herr Groener erklärte, daß er die Annahme des Antrages begrüßen würde, und daß er Anlaß zu der Mitteilung habe, daß dies auch der Standpunkt des Reichstanzlers Brüning sei. Er teilte den Ausschüssen ferner mit, daß der Außenminister, Herr Dr. Curtius, keinerlei außenpolitische Bedenken gegen den Antrag habe, und das Reichsfinanzministerium sei ja selbst vertreten.

Die vereinigten Ausschüsse haben dann in sehr eingehender Aussprache die finanziellen, innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkte durchberaten, die zur Beurteilung des Antrages in Frage kommen. In diesen eingehenden Beratungen hat sich der Reichswehrminister mit Material und Gründen und großer Beredsamkeit für den

Antrag eingesetzt. Er hat ferner zu verstehen gegeben — bereits am Montag! —, daß bei einer Annahme des Antrags die Reichsregierung keine Doppelvorlage einbringen würde.

Länder folgen der Reichsregierung.

Unter diesen Umständen gaben in der Sitzung der vereinigten Ausschüsse einige Länder die Erklärung ab, daß sie ursprünglich nicht die Absicht gehabt hätten, für den Antrag zu stimmen, daß sie aber, nachdem die Reichsregierung sich in dieser Weise für ihn einsetze, ebenfalls ihre Zustimmung geben würden. So kam es zu dem Beschluß der Reichsratsausschüsse.

Im Plenum des Reichsrats teilte daraufhin am Mittwoch der Berichterstatter Dr. Brecht mit, daß sich in der zweiten Lesung eine neue Situation dem Antrag gegenüber ergeben hätte, weil die Regierung erklärt habe, daß sie die Annahme begrüße und sich mit Material und Gründen für diesen Antrag des Reichsrats einsetzen werde. Im Plenum des Reichsrats waren sowohl Herr Groener als auch Herr Moldenhauer anwesend. Diesmal schwieg Herr Groener und Herr Moldenhauer redete.

Er erklärte, die Reichsregierung werde keine Initiative entfalten. Sie bäte aber den Reichsrat, nach sachlichen Gesichtspunkten zu beschließen und sich von der Reichsregierung nicht beeinflussen zu lassen. Nach den Vorgängen am Montag wurde diese zweideutige Erklärung im Reichsrat mit Heiterkeit und Kopfschütteln aufgenommen. Gutgläubige Ausleger aus den Reihen der Regierungsparteien wollten wissen, daß diese Erklärung eine Desavouierung des Reichswehrministers darstellte. Sie war indessen nichts anderes als der Versuch, die Mitwirkung der Reichsregierung zu verdunkeln. Die einfache Darstellung der Vorgänge zeigt, daß der Beschluß des Reichsrates nicht von den Ländern, sondern von der Reichsregierung — zumindestens vom Reichswehrministerium — unter starkem Druck auf die Länder herbeigeführt worden ist.

Wir stellen dies fest, damit nicht etwa durch die Erklärung des Herrn Moldenhauer im Reichsrat die Verantwortung und die Initiative der Reichsregierung verdunkelt werden.

Wer führt wen?

Die Stellung, die Herr Moldenhauer gestern im Reichsrat eingenommen hat, ist sehr merkwürdig. Es gibt dafür

Staatschiff und „Geefadett“.

Die Zeitschrift von Brüning und Treviranus stänkert gegen Wirth und Curtius.

Die von Brüning und Treviranus patronisierte Zeitschrift „Das Staatschiff“ bringt gegen die Minister Curtius und Wirth folgende ausgefuchste Liebenswürdigkeiten:

Ob das mit so schwankender Last beladene Schifflein Brüning reüssieren wird, wissen wir nicht; aber geht es unter, so werden,

wie das Fett auf einer Flüssigkeit, die Innen- und Außenminister wieder oben schwimmen

— des kann man gewiß sein. Zwar ist die Presse, die früher zu Wirth hielt, nun sehr erboht über den republikanischen Säulenheiligen, der wiederum umfiel, aber — weid nämlich in einen anderen Ministerfiel.

Heber Curtius jedoch, den glatten Epigoneriech

eines nicht großen Vorgängers, ist immer noch eitel Freude in den jüdischen Verlagshäusern. Vielleicht bekommt er schon zu Lebzeiten seine Curtius-Strasse... Leider aber sind einige Dinge auch im Reich überhaupt nicht mehr gutzumachen, und als lebendiges Umdenken daran gehören diesem Klaballier vielleicht nur zum ab-

schredenden Beispiele, der Außenminister und sein sanktionierter Gehilfe an.

Dazu bemerkt die Zeitung „Der Jungdeutsche“:

Der Artikel erinnert ein wenig an das rasche Wort des vorkonventionellen Führers Treviranus, daß Dr. Curtius nur vorläufig Außenminister des Kabinetts Brüning geworden sei. Zu allem Ueberflus ist der Artikel des „Staatschiff“ auch noch mit jenen ominösen drei Sternchen gezeichnet, unter denen sich früher nach allgemeiner Ansicht die Feder des hochgeordneten Treviranus verbarg. Wir wollen nun nicht daraus schließen, daß Minister Treviranus oder Reichstanzler Brüning die Ausfälle gegen ihre Ministerkollegen Curtius und Wirth im „Staatschiff“ selber geschrieben oder diktieren hätten. Immerhin zeigen diese Angriffe, wie wenig einseitlich das Kabinett Brüning ist und welcher Parteizwist in seinem Lager herrscht.

Wir meinen, die Herren Curtius und Wirth sollten ernstlich überlegen, ob sie nicht gegen ihren Kollegen Treviranus Anzeige wegen Ueherziehung des Geschehes zum Schutze der Republik erstatten sollen. Unsere juristische Sprechstunde gibt ihnen genaueren Bescheid.

nur eine Erklärung: die Regierung Brüning, die uns zu wiederholten Malen als das Kabinett der starken Führung vorgestellt worden ist, legt den größten Wert darauf, daß in diesem Falle ihre Führung nicht erkennbar wird. Allerdings ist es mit der Führung in dieser Frage eine sehr eigenartige Sache.

Wer führt wen? Wer führt und wohin?
Der Reichskanzler bestimmt nach der Verfassung die Richtlinien der Politik. Und mehr als einmal haben wir gehört, daß Herr Brüning der starke Führer sei, der diesen Sach der Verfassung zum ersten Male durchgeführt habe! Es scheint uns jedoch, daß hier nicht der Reichskanzler, sondern Herr Groener, der Reichswehrminister, die Richtlinien der Politik bestimmt hat.

Es ist mit der Führung durch die Regierung Brüning eine eigene Sache: bei den Agrarvorlagen hatten die Deutschnationalen die Führung, sie zwangen das Kabinett hinter ihre Forderungen. Bei den Steuervorlagen waren es Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei, die ihren Willen durchsetzten. Es scheint das Geschick der Regierung Brüning zu sein, daß sie in jeder Frage von jemand anderem geführt wird, niemals aber von ihrem Chef!

Herr Brüning hat in der Panzerschiff-Frage gewiß nicht die Führung gehabt. Aber war Herr Groener wirklich allein der Führer? Es erhebt sich die Frage: wer war mit ihm, nicht nur mit der Sympathie, wie Herr Brüning, und mit Abwesenheit von Bedenken, wie Herr Curtius, sondern woffend, drängend, aktiv?

Es ist kein Zweifel, daß, von anderen Persönlichkeiten abgesehen, Herr Groener sich der aktiven Unterstützung des Ministers der besetzten Gebiete sicher wußte. Herr Treviranus hat sich schon am Tage der Gründung des Kabinetts Brüning in der Öffentlichkeit in den Vordergrund geschoben. Er hat Erklärungen für die Reichsregierung abgegeben, die überall die größten Bedenken hervorriefen und die dennoch nicht vom Reichskanzler und vom Reichskabinett desavouiert wurden. Der Reichskanzler hat damals seine Haltung so genommen, als ob ein Reichsminister Treviranus nicht existiere. Solche Haltung hat ihr Vorbild. Als seinerzeit Tirpitz auf eine große Flottenvorlage hinzudringen begann, schob die kaiserliche Regierung die Verantwortung für seine Aktion zur Seite mit der Erklärung, es handle sich um die Meinung eines Flaggoffiziers in unverantwortlicher Stellung.

Die politische Bedeutung zeigte sich bald. Hinter Tirpitz stand S. M.

Wer steht hinter Groener und Treviranus?

Die amtliche Mitteilung.

Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning fand am gestrigen Nachmittag in der Reichskanzlei die letzte Kabinettsitzung vor der Osterpause statt. Das Reichskabinett beschäftigte sich neben einer größeren Anzahl laufender Fragen in erster Linie mit dem vom Reichsrat verabschiedeten Haushaltsplan für das Jahr 1930. Hinsichtlich der vom Reichsrat bewilligten einen Million Mark für Kindererziehung und der an Stelle anderer Ausgaben des Marineetat's eingesetzten ersten Bauanteils für das Panzerschiff B beschloß das Reichskabinett, die Reichsratsbeschlüsse dem Reichstag als Grundlage seiner Beratungen zuzuleiten.

Weil er Franzose ist!

Darf ein Franzose nicht Direktor der Reparationsbank sein?

Seit Monaten wird hinter den Kulissen der internationalen Finanz- und Staatsdiplomatie heftig um den Posten des Generaldirektors der Bank für internationale Zahlungen gekämpft. In der allerersten Zeit soll die Entscheidung fallen. Es ist bekannt geworden, daß mit Ausnahme Deutschlands die an dem Verwaltungsrat der Bank für internationale Zahlungen beteiligten Länder in erster Linie den Direktor Quessan aus der Bank von Frankreich zum Generaldirektor ernennen wollen. Dagegen sträubt man sich in Deutschland, weil man keinen Franzosen, sondern nur einen Neutralen auf diesem Posten sehen möchte. Vorstellungen, die vom amerikanischen Präsidenten der neuen Bank Mac Carran beim Reichsbankpräsidenten Luther dieserhalb erhoben worden sein sollen, blieben ergebnislos.

Auf diese Weise wird man zwar die Wahl Quessans nicht verhindern, aber viel Verzögerung schaffen. Wir halten die Bemühungen für durchaus gerechtfertigt, auch Deutschland als Partner an der Internationalen Zahlungsbank, entsprechend seinem materiellen Gewicht, an der Zentralverwaltung zu beteiligen. Diese Bemühungen stehen aber unter keinem günstigen Stern, wenn man sie zu einer nationalen Prestigefrage macht, die letztlich sich gegen die Annahme eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich auswirken muß.

Die Person Quessans ist uns zunächst gleichgültig. Nach der durch die Haager Verträge geschaffenen Sachlage sind die Aufgaben der Internationalen Zahlungsbank klar umgrenzt. Diese Bank hat in der Zukunft selbstverständlich auch die Reparationen zu empfangen und zu verteilen. Das aber ist bei weitem nicht die wichtigste Aufgabe der Bank. Sehr viel wichtiger ist die Emissionsfunktion der Bank, und die Rolle, die eventuell der französische Kapitalmarkt auch für die deutsche Kapitalbeschaffung gewinnen kann. Es braucht dabei nur daran erinnert zu werden, daß die Auflegung der Reparationsanleihe zu einem entscheidenden Teil auf dem französischen Kapitalmarkt erfolgen soll. Darüber hinaus ist es kein Geheimnis, daß die französischen Finanzmächte an der deutschen Kapitalversorgung ein steigendes Interesse haben, wobei es für Deutschland durchaus wichtig sein kann, aus der Konkurrenz des französischen und des amerikanischen Kapitalmarktes bei Gelegenheiten zu profitieren. Die Bestellung des Generaldirektors der Bank für internationale Zahlungen darf daher nicht aus Gründen der nationalen Sympathie oder Antipathie, sondern nur nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten beurteilt werden.

Wenn daher das „Berliner Tageblatt“ beispielsweise schreibt: „Deutschland ist einmütig gegen die Wahl eines Franzosen“, so scheint uns eine derartige Stellungnahme

Schlaacks schmerzlichstes Erlebnis.

Zentrum gegen Konsumgenossenschaften.

Der Zentrumsabgeordnete und Führer der christlichen Konsumvereine, Peter Schlaack, hat in öffentlicher Reichstagsitzung die Regierung Brüning die reaktionärste Regierung seit der Revolution genannt. Das Zentrum hat ihn dafür öffentlich abgeschüttelt. Nun hat Herr Schlaack in dieser Angelegenheit an die Zentrumspresse einen Brief gerichtet, dessen Abdruck ihm, wie es scheint, verweigert wird. Wir fanden bisher wenigstens dieses Schreiben nur im „Deutschen“ teilweise abgedruckt und geben es von dort wieder. Herr Schlaack schreibt also:

In den Zentrumszeitungen vom 13. April ist ein Bericht über die Sitzung der Zentrumsfraktion wiedergegeben. In diesem Bericht ist ein Brief von mir erwähnt. Angesichts dessen, daß die Wiedergabe jedoch nur einen kleinen Teil des Inhalts darstellt, sehe ich mich im Interesse der Wahrheit verpflichtet, den ganzen Brief zu veröffentlichen:

„An die Zentrumsfraktion des Reichstags.“

Infolge der seelischen Erregungen der letzten Tage ist mein Gesundheitszustand so erschüttert, daß ich heute nach Hause fahren muß, um einen Zusammenbruch zu vermeiden. Ich kann von meinem sachlichen Standpunkte, daß die Zentrumsfraktion und der Herr Reichskanzler Dr. Brüning diese

Ausnahmestruere gegen die Genossenschaften.

der am schlechtesten gestellten Volksgenossen, nicht machen darf, nicht abgehen. Wenn ich bei diesem Kampfe Schärfe gebraucht habe, so bedaure ich das sehr, angesichts der Tatsache, daß ich gerade in die Person des Herrn Dr. Brüning unbegrenztes Vertrauen setze. Dieses Gesetz trifft die Genossenschaftsbewegung der christlichen Arbeitnehmer am schwersten. Sie ist zahlenmäßig nicht so stark und die Umfänge betragen nur ein Drittel der der sozialistischen Richtung. Außerdem ist die letztere infolge ihres Alters der ersteren bezüglich der finanziellen Stärke sehr überlegen. Ich habe ein Menschenleben unter den schwierigsten Verhältnissen für die Zentrumsfraktion gekämpft. Wenn dieses Gesetz zustande käme in dieser Fassung, mit Hilfe der Zentrumsfraktion, würde dies mein schmerzlichstes Erlebnis seit meiner öffentlichen Tätigkeit sein. Ich beschwöre deshalb die Zentrumsfraktion, das Gesetz in dieser Form nicht zustande kommen zu lassen.

Der Antrag Breitscheid, Nr. 1975, zeigt den Weg, den auch die Zentrumsfraktion beschreiten kann.

Mein Dank und auch der Dank der christlichen Arbeiter meiner Bewegung würden der Zentrumsfraktion sicher sein. In alter Zentrumstreue: Peter Schlaack.

Diesem Briefe ist am Sonntagmorgen, dem 13. April, eine Besprechung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Esser, vorausgegangen. In dieser Besprechung habe ich

geradezu unmöglich. Das „Berliner Tageblatt“ ist nicht autorisiert, im Namen Deutschlands zu sprechen. Hat man etwas gegen Quessan persönlich, so soll man es offen sagen. Aber ihn ablehnen, nur weil er ein Franzose ist, das entspricht weder dem gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Beziehungen, noch hat es mit politischer Klugheit irgend etwas zu tun.

Was der „Vorwärts“ verschweigt.

Und was die „Germania“ alles weiß.

Die „Germania“ schreibt: Die Antwort, die der „Vorwärts“ auf unsere Ausführungen zur „Ariegsschuldfrage gegen die Sozialdemokratie“ heute früh (Nr. 179) erteilt, ist keine Antwort. Zunächst verschweigt das sozialdemokratische Zentralorgan seinen Lesern schamhaft alles, was von uns über die Vorgänge im sozialistischen Lager selbst berichtet worden ist, und es beweist dadurch nur die Schwäche seiner eigenen Position. Aber es ist natürlich schwer, den Lesern mitzuteilen, daß die wirklich politischen Köpfe in der sozialdemokratischen Fraktion bei der damaligen Entscheidung von den sogenannten „Fachsleuten“ überstimmt und überschrien worden sind, und es ist auch nicht leicht, einzusetzen, daß die Partei im Grunde für die Haltung der Fraktion kein Verständnis fand. Nun ja, — wir haben jedenfalls Verständnis dafür, daß der „Vorwärts“ über diese Dinge schweigt.

Die „Germania“ hat vergessen, daß sie alles, was sie über die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 27. März weiß, aus der Morgennummer des „Vorwärts“ vom 28. März erfahren hat. Wir haben das nämlich dort — Beweis unserer Schwäche — ganz genau erzählt. Die „Germania“ kann diesem Bericht auch genau entnehmen, was Wahrheit und was agitatorische Ausschmückung ist.

Tatsächlich hat damals eine Minderheit der Fraktion vorausgesehen, daß die bürgerliche Mitte die Ablehnung des Brüning-Kompromisses als Sprungbrett zum Bürgerblock benützen würde. Wie aber diese Voraussicht der „wirklich politischen Köpfe“ zum Beweis dafür dienen kann, daß die Sozialdemokratie die eigentlich Schuldigen an dem ganzen Skandal dieser neuen Regierung ist — das haben wir noch immer nicht begriffen. Vielleicht erklärt die „Germania“ es uns noch einmal.

Ministerkrise in Bayern?

Rückwirkungen der Reichstagsabstimmung.

München, 16. April. (Eigenbericht.)

Die Tatsache, daß der Führer der bayerischen Bauernhändler Fehr im Reichstag an den einschließenden Abstimmungen nicht teilgenommen hat, sondern sich vorher auf sein Landgut Lindenberg im Allgäu begab, scheint sich in Bayern zu einer Ministerkrise auszuwickeln.

In maßgebenden Kreisen der Münchener Regierung, insbesondere in der Bayerischen Volkspartei, wird gegen Fehr der Vorwurf erhoben, daß er, trotzdem er von „wohlmeinenden Abgeordneten“ aller bürgerlichen Parteien (sozialen) angestiftet worden sein soll, in Berlin zu bleiben, nur deswegen in Ferien fuhr, weil er nicht für die Biersteuererhöhung stimmen wollte. Dieses Verhalten wird ihm um so heftiger angelastet, als er außer seiner Eigenschaft als bayerischer Landwirtschaftsminister

unter starker seelischer Erregung Esser nochmals auseinandergesetzt, daß ich diesen Kampf nicht aus Freude an Auseinandersetzungen kämpfte, sondern von dem Gesichtspunkte aus, daß die Zentrumsfraktion ein solches, die Genossenschaftsbewegung der christlichen Arbeitnehmer schädigendes Gesetz nicht machen dürfte. Wenn dieses Gesetz durch die Fraktion angenommen würde,

wäre ich es meiner Überzeugung und meiner Bewegung schuldig, den Kampf gegen die Zentrumsfraktion weiterzuführen.

Dieser Kampf würde eine Schädigung der Partei bedeuten, die ich nicht wolle. Esser erklärte mir dann, daß in der Woche für die Montagsitzung des Reichstages ein Antrag läge, der die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften aus diesem Sonder-Umsatzsteuergesetz herausnehmen wolle. Er wolle sich dafür einsetzen, daß die Fraktion die Annahme dieses Antrages wenigstens nicht hindere. Er bat mich, die Fraktion brieflich von meinem Standpunkte in Kenntnis zu setzen. Auf Grund dieser Besprechung ist mein Brief zustande gekommen.

Angesichts dieser Vorgänge wäre es loyal gewesen, meinen Brief der Fraktion vor der Abstimmung zur Kenntnis zu bringen, und mein Schreiben, wenn man es erwähnen wollte, vollständig wiedergzugeben.“ Peter Schlaack, M. d. R.

Der Antrag, dessen Annahme nach der Erklärung des Herrn Esser die Zentrumsfraktion „wenigstens nicht hindern“ sollte, war eben der erwähnte sozialdemokratische Antrag Breitscheid. Herr Esser war jedoch offenbar nicht imstande, das Herrn Schlaack gegabene Versprechen zu halten, denn das Zentrum hat am Montag die Annahme des Antrags Breitscheid verhindert und Mann für Mann gegen den Antrag, der die Konsumvereine retten sollte, gestimmt.

An dieser Abstimmung nicht teilgenommen haben vom Zentrum die Herren Imbusch, Kerp, Schlaack, Tremmel und Uhlka. Teilgenommen an ihr, also gegen die Konsumgenossenschaften gestimmt haben sämtliche Zentrumsminister und — der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Esser.

Dies geschah offenbar deshalb, weil die Wirtschaftspartei nicht locker ließ. Schon im Ausschuß hatte sie mit dem Austritt aus der Regierungsmehrheit gedroht, falls ihr Streich gegen die Konsumvereine mißglücken sollte. Darum ließ sich das Zentrum durch den seelischen Zusammenbruch Schlaacks nicht rühren, sondern tat, was Herr Dreweß befohl.

Mitglied des Vier-Männer-Kollegiums der Grünen Front (Brandes, Herms, Schiele und Fehr) ist, das alles getan hat, um die Forderungen der Agrarier innerhalb der neuen Bürgerblock-Regierung durchzusetzen. In der offiziellen Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei wird deshalb die Frage gestellt:

„Hält es die bayerische Landwirtschaft für erträglich, daß dieser Mann noch weiterhin bayerischer Landwirtschaftsminister bleibt. Hält die deutsche Landwirtschaft es für erträglich, daß er weiterhin noch Führer der Grünen Front bleibt? Von sich aus wird Herr Fehr keine seiner Ämter niederlegen, den er hat schon zur Genüge bewiesen, wie fest er an seinem Ministerposten klebt.“

Man wird abwarten müssen, was Minister Fehr und der Bauernbund auf diesen ungewöhnlich direkten Angriff zu sagen haben.

Vorblick auf 1931.

Keine Aussichten für Steuererlösung.

Im Reichsrat gab der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht folgenden Überblick über die Einkölage: Der Haushalt ist solide aufgestellt, aber große Ersparnisse bringt er nicht. Die Gesamtausgabe wächst für 1930 im Vergleich mit 1929 um 354,8 Millionen. Mehrausgaben gegenüber 1929 entfallen u. a. auf:

Wehrmacht einschl. Versorgung	47,9 Millionen
Landwirtschaft	24,1
Wasserstraßen	24,1
Finanzverwaltung einschl. Versorgung	19,1
Wohnung und Siedlung	13,1
Luftfahrt	7,1

Das Gesamtbild kann dahin charakterisiert werden, daß der Haushalt die Wiedergeburt des Vertrauens zur Solidität des Haushalts rechtfertigt.

aber vom Standpunkte der Sparaktion wenig ermutigend ist.

Welche Aussichten ergeben sich für 1931? Im Wege bloßer Haushaltsstrich können 1931 außer den von selbst wegfallenden Posten aus dem Haushalt größere Beiträge nicht herausgeholt werden, denn sonst wäre das auch heute schon möglich. Auf der anderen Seite sehen von den Einnahmen 445,8 Millionen nicht wieder. Also bleibt nur ein besseres Saldo von 135 bis 155 Millionen übrig. Hierzu kommt der Mehretrag, den die neuen Steuern bei vollem Jahresergebnis gegenüber dem diesjährigen verspäteten Introlletten ergeben.

Nur in Höhe von rund 200 Millionen ist daher die Entlastung des Haushalts von 1931 schon wirklich fundiert, und auch das nur unter der Voraussetzung ausreichender Arbeitslosenversicherung.

Alles weitere hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung, von Anleihenmöglichkeiten und von dem Sparprogramm auf lange Sicht ab.

Grenzlandforderungen.

Im Reichsrat gab es gestern Auseinandersetzungen über Grenzlandforderungen.

Bayern forderte 6 Millionen für die südöstlichen und nördlichen Grenzgebiete des Reiches. Der Vertreter Schleswig-Holsteins verlangte 750 000 M. für die nördlichen Grenzgebiete. Der Vertreter der Rheinprovinz beantragte, den Bestfonds von 10 auf 20 Millionen zu erhöhen.

Alle Anträge wurden schließlich abgelehnt.

Frid und Wirth.

Die Thüringer Regierung an den Reichsinnenminister.

Weimar, 16. April.

Das Schreiben der Thüringer Regierung an den Reichsinnenminister ist am Mittwochabend veröffentlicht worden. Die Landesregierung hält darin das Thüringer Ermächtigungsgesetz durchaus mit dem Reichsrecht vereinbar, sie sei aber bereit, angesichts der zwischen dem Reich und dem Lande Thüringen bestehenden Meinungsverschiedenheiten die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anzurufen und diesen Schritt auch gemeinsam mit der Reichsregierung zu tun.

Nachdem bei der Besprechung zwischen dem Reichsinnenminister und dem Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums von Seiten Thüringens eingehend dargelegt worden sei, daß bei der Landespolizei Thüringens eine Verletzung der Bedingungen für die Gewährung von Reichszuschüssen für Polizeizwecke niemals stattgefunden habe, glaube die Landesregierung Thüringens sich zu der Erwartung berechtigt, daß der Reichsinnenminister sich durch diese Darlegungen für befriedigt erklären werde.

Sie spricht deshalb das Ersuchen aus, daß die in dem Schreiben des Reichsinnenministers vom 18. März 1930 ausgesprochene, nicht begründete Sperre der Zuschüsse für Polizeizwecke an Thüringens alsbald nach Empfang des gegenwärtigen Schreibens aufgehoben werde, damit das Land Thüringens vor weiterem Schaden bewahrt bleibe. Ebenso müsse die Landesregierung Thüringens die bestimmte Bitte aussprechen, daß die in dem Schreiben des Reichsinnenministers vom 18. März 1930 weiter ausgesprochene einstweilige Einstellung von Ueberweisungen aus Fondsmitteln des Reichsinnenministeriums an Thüringens zurückgezogen werde.

Bei Gelegenheit des Besuchs des Staatssekretärs Zweigert werde die vom Reichsinnenminister gewünschte Unterredung mit Minister Dr. Frid stattfinden können. Die Landesregierung Thüringens bedauert es überdies lebhaft, daß neuerdings in der Presse dem bevorstehenden Besuch des Staatssekretärs Zweigert der Charakter einer amtlichen Kontrolle beigegeben werde.

Ministerpräsident a. D. Frölich über den Putschisten Frid.

Im ehemaligen Herrenhaus sprachen in einer Rundgebung der Deutschen Liga für Menschenrechte zu der Frage „Thüringen und das Reich“ Ministerpräsident a. D. August Frölich und der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Albert Fallenberg.

Frölich führte aus: Als 1923 die Reichswehr in Thüringen einmarschierte, erklärte der Reichskanzler Stresemann, daß eine Regierungsgemeinschaft mit den Kommunisten aus verfassungsrechtlichen Gründen für ein Land nicht mehr tragbar sei. Mit den Kommunisten von heute ist eine Koalitionsgemeinschaft unmöglich, aber es treffen für die völksparteilich-nationalsozialistische Gemeinschaft Baum-Frid die Voraussetzungen von 1923 in weit höherem Maße zu. Wer ist Frid? Er ist des Hochverrats und des Bruchs des Beamtenbundes im November 1923 überführt und deshalb sogar von einem bayerischen Volksgericht zu 15 Monaten Festung verurteilt worden.

Er hat als Reichstagsabgeordneter die Femeinbrüder verherrlicht und den toten Stresemann geschmäht durch die Behauptung, daß er mit dem Nobelpreis vom Auslande bestochen sei. Frid ist Innenminister geworden, weil die Große Koalition in Thüringen durch die Erklärung der Deutschen Volkspartei, daß sie wolle schliesslich den Nationalsozialisten näher stehen als den Sozialdemokraten, verhindert wurde. In der Tat steht auch die großkapitalistische Volkspartei den völkischen Kapitalgebern näher als uns. Deshalb aber ist für den Kulturabbau, für den Sozialabbau, für den Beamtenabbau und die ungerichtete Steuer- und Verteilung in Thüringen die gesamte Regierungskoalition von Baum bis Frid verantwortlich. Thüringen ist nicht in dem Maße halenzersplittert wie früher, wie im Reich angenommen wird: 18 Sozialdemokraten stehen im Landtag 6 Nationalsozialisten gegenüber.

Der Reichsinnenminister Severing hatte recht, als er seine Anfragen nach Weimar richtete. Der Wandervogel „Adler und Falken“, der bis zum Amtsantritt Frids in den thüringischen Schulen verboten war, stellt ein politisches Bekenntnis dar: Er hat sich öffentlich 1929 zum nationalsozialistischen Parteiprogramm bekannt. Es ist festgestellt, daß nationalsozialistische Zellen in der thüringischen Landespolizei gebildet wurden. Der Jubel in Weimar über den Rücktritt Severings ist begreiflich. Wenn der Reichsinnenminister Dr. Wirth noch heute zu seinem Worte bei der Ermordung Rathenaus hält, daß der Feind rechts steht, muß er den Weg weiter verfolgen, den Severing betreten hat. Wir Sozialdemokraten sind in Thüringen auf der Wacht. Wenn Frid gesagt hat, daß er nicht mit Würgern paktiere, so rufen wir ihm zu: Wir paktieren nicht mit völkischen Hochverrättern an der deutschen Republik!

Reichstagsabgeordneter Fallenberg beleuchtete die Verfassungswidrigkeit des thüringischen Ermächtigungsgesetzes.

Breitscheid gegen den Brüning-Bloch.

Neuwahlen kommen noch zeitig genug.

In der Kreismitgliederversammlung des Kreises Wilmersdorf sprach gestern Abend Genosse Dr. Breitscheid über die Ereignisse der letzten Tage. Er schilderte anschaulich die Zusammenhänge der Regierung Brüning aus den verschiedenartigsten Feinden und kleinlichen Interessengruppen und die katastrophale Auswirkung, die dieser Interesseneinfluss auf die Gestaltung der neuen Steuer- und Zollvorschriften gehabt hat. Breitscheid hielt es für wahrscheinlich, daß die deutsch-nationale Regie eine Entschädigung gegen Brüning auch dann verhindern hätte, wenn es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelungen wäre, ihren letzten Anträgen zur Abstimmung heranzubringen. Neuwahlen jetzt hätten in einer großen Bewirung stattgefunden, und es wäre schwer gewesen, den Wählern ihren Sinn klar zu machen. Das aber wird viel leichter werden, wenn diese Regierung noch einige Zeit am Ruder bleibt und die unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen der Landwirtschaft und Industrie sich weiter fortsetzen. Die Regierung Brüning wird den Arbeitern und den Bauern des Zentrums zeigen, daß ein Bürgerbloch nur den Großkapitalisten und den Großagrarierern dient. Sie wird so für eine spätere Neuwahl eine wesentlich günstigere Situation schaffen. Die Sozialdemokratie wird bis dahin die scharf schärfste Opposition treiben, in dem Bewußtsein, daß ohne und gegen sie, wie selbst der Volksparteiler Scholz in Wamsbühl sagte, auf die Dauer nicht regiert werden kann. Sie wird verklärt in den Reichstag einziehen und sich mit erhöhter Kraft ihrer großen Aufgabe zuwenden können, aus der Deutschen Republik einen wahrhaft sozialen Volksstaat zu machen.

Den Papst besuchten der preussische Landwirtschaftsminister Reiger und der genuesische Justizminister Schmidt.

Der verlassene Fahnenträger.



Treue der Fahne bis in den Tod! — Als aber der Ruf „Essen holen!“ ertönte, da verließen die Mannen ihren Fahnenträger.

Polen und Deutschland.

Zum polnischen Protest gegen die Schiele-Bölle.

Wie wir gestern schon mitteilten, hat die polnische Regierung in Berlin auch offiziell in einer Note gegen die vom Reichstagsbürgerblock kürzlich beschlossenen Agrarzölle protestiert. Die polnische Regierung begründet ihren Protest einmal mit dem Hinweis, daß die deutschen Zollerhöhungen und die Ermächtigungen des Kabinetts dazu dem Geiste des Zollfriedensabkommens widersprechen. Zum anderen erklärt Polen, daß das Agrarprogramm des Bürgerblocks auch sachlich den Bestimmungen des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens zuwiderläuft.

Die polnische Note beschränkt sich nach unserer Kenntnis auf diesen Protest und kündigt ihrerseits noch keine Gegenmaßnahmen an. Aus der polnischen Presse muß aber der Schluß gezogen werden, daß einflußreiche Kräfte die deutschen Agrarmaßnahmen mit der Erhöhung polnischer Industriezölle beantwortet wissen wollen.

Von der Rechten ist eine solche Situation gewünscht worden, um das Inkrafttreten des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens zu verhindern, und weder der deutsche Außenminister Dr. Curtius noch der jetzige Wirtschaftsminister Dr. Dietrich haben die Kraft besessen, sich dagegen zu wehren.

Es kann vielleicht mit Recht gesagt werden, daß die deutsche Erhöhung der Agrarzölle dem Wortlaut der Genfer Abkommen nicht widerspricht. Denn dieser Wortlaut gestattet, daß aus „dringenden Umständen“ jeder der unterzeichnenden Staaten berechtigt sein soll, zur Abwendung lebenswichtiger Gefahren auch Zollerhöhungen vorzunehmen, wobei allerdings das Kündigungsrecht der sich davon betroffenen fühlenden Staaten gegenüber der Konvention unberührt bleibt. Gerade die Wahl des Mittels ausschließlicher Zollerhöhungen und der Umfang der zu diesem Zweck erteilten Ermächtigungen sind aber in Deutschland in höchstem Maße strittig, selbst wenn ein Notfall und die Notwendigkeit besonderer Maßnahmen

anzuerkennen sind. Dem Geist des Genfer Abkommens ist durch das Ausmaß der deutschen Zollerhöhungen sicher nicht entsprochen worden. Auf der anderen Seite darf man nicht übersehen, daß in der Tat die Beschlüsse des Bürgerblocks Polen auch dann sehr verärgern müßten, wenn Polen in seinem eigenen Lande nicht auch mit Widerständen gegen die Ratifizierung des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens zu kämpfen hätte.

Dennoch stehen wir auf dem Standpunkt, daß sowohl Deutschland wie Polen auch jetzt die äußersten Anstrengungen machen müssen, um die Ratifizierung des beiderseitigen Wirtschaftsabkommens sicherzustellen. Zweifellos bietet der deutsch-polnische Wirtschaftsvertrag Polen auch heute noch, trotz der durch die deutschen Agrarzölle und die der Regierung gegebenen Ermächtigungen geschaffenen Unannehmlichkeiten, noch so große Vorteile, daß es das denkbar verkehrteste wäre, wenn Polen jetzt an Repressalien irgendwelcher Art gegenüber Deutschland denken wollte. Die Fortsetzung des wirtschaftlichen Kriegszustandes zwischen den beiden sich ergänzenden und aufeinander angewiesenen Ländern ist heute ebensowenig wie früher wünschenswert, weder für Deutschland noch für Polen.

Auf der anderen Seite hat Deutschland die Möglichkeit, die von ihm gewünschte Ratifizierung des Abkommens von sich aus zu fördern. Bei den wichtigsten Polen betreffenden Zollpositionen liegen nur Ermächtigungsgänge der Reichsregierung vor, über deren Anwendung innerhalb des Kabinetts und zwischen Deutschland und Polen noch verhandelt werden kann. Es kann nicht darauf ankommen, durch ein mehr oder weniger geschicktes Spiel der diplomatischen Kräfte den einen oder anderen Vortrager mit der Verantwortung für das Nichtzustandekommen des Abkommens zu belasten, sondern die Verantwortlichkeiten in beiden Ländern müssen auch jetzt noch das Ziel ins Auge fassen, unter Anwendung vernünftiger Methoden und Mittel den Wirtschaftsfrieden herzustellen.

Ersparnis Flottenmilliarden.

Das Ergebnis von London. — Die Lonnage der drei Seemächte.

London, 16. April. (Eigenbericht.)

Der erste Lord der Admiralität (Marineminister), A. S. Alexander, teilte am Mittwoch im Unterhaus mit, daß die Ergebnisse der Flottenkonferenz für Großbritannien eine Ersparnis von vier Milliarden Mark im Flottenbauprogramm mit sich bringen werden. Alexander gab zu dieser Ziffer, die ein Dreifaches der bisherigen Schätzungen beträgt, keine nähere Begründung.

Die im Laufe des Nachmittags aus Deutschland eingetroffenen Meldungen über den Beschluß des Reichsrats, die erste Rate für einen zweiten deutschen Panzerkreuzer zu bewilligen, hat in London großes Aufsehen erregt und zu lebhaften Kommentaren Anlaß gegeben.

In einem am Mittwoch der Öffentlichkeit übergebenen Memorandum über die Ergebnisse der Flottenkonferenz wird betont, daß zwischen fünf Mächten völliges Einverständnis hinsichtlich der Schiffschiffe erzielt worden sei und keines der Länder jene Erhöhungen vornehmen werde, zu denen es nach den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz berechtigt war. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan verpflichteten sich, sofort die Anzahl ihrer Schlachtschiffe auf 15 bzw. 9 herabzusetzen. Frankreich und Italien behielten sich das Recht vor, Erhöhungen, zu denen sie zwischen dem Abschluß des Washingtoner Vertrages und der Flottenkonferenz berechtigt waren nachträglich vorzunehmen. Im Hinblick auf die Klassifizierung der Schiffstypen und des beschränkten Transports zwischen Kreuzern und Zerstörern ist eine völlige Einigung zwischen England, Amerika und Japan hergestellt worden. Die Gesamtkonzeption Großbritanniens wird 541 700 Tonnen betragen, die Amerikas 526 200 Tonnen und die Japans 367 050 Tonnen.

730 000 minus 6.

Ein Wiener „Ereignis“ — und was die „Rote Fahne“ daraus macht.

In großer, fetter Aufmachung verkündete am Dienstag die „Rote Fahne“ aus Wien, daß die Opposition der revolutionären Sozialdemokraten Österreichs beschloffen habe, aus der Sozialdemokratischen Partei auszutreten und der kommunistischen Partei Österreichs beizutreten. Der Beschluß sei einstimmig gefaßt und von „sämtlichen Arbeitsgemeinschaften einstimmig bekräftigt“ worden. Es werden weiter eine Reihe von

„Massenversammlungen“ angekündigt, eine Resolution wird abgedruckt — mein Herz, was willst du noch mehr?

Wiso eine regelrechte Spaltung nach dem Herzen der Tomasschisch in Moskau, die ob dieser frohen Kunde vielleicht milde gestimmt sein könnten und einige drohende Maßnahmen in Zentraleuropa unterlassen würden?

Inzwischen erfahren wir aus Wien, daß es sich bei dieser „revolutionären Opposition“ um ganze fünf Mann handelt, vielleicht um sechs.

Die österreichische Sozialdemokratie zählt in Wien allein rund 420 000 und in der gesamten Republik 730 000 Mitglieder. Fünf, vielleicht sechs Duzentler sind nun glücklich ausgeschieden. Ihnen wohnt die „Rote Fahne“ eine doppelte Schlagzeile „Sozialdemokratische Arbeiter zur KPÖ. Österreichs übergetrieben“, sowie einen Bericht von elf Seiten und einundzwanzig gewöhnlichen Druckzeilen.

Wie beschelden man bei den Kommunisten geworden ist. Oder vielmehr: Vor welchem Schwindel schreckt man noch zurück, wenn es gilt, seine Moskauer Brötherren zu beschwindeln!

Englisch-russischer Handelsvertrag.

Wieder Handelsdelegation in London.

London, 16. April. (Eigenbericht.)

Der Außenminister Henderson und der sowjetrussische Botschafter Sokolnikoff unterzeichneten am Mittwoch im Außenamt den provisorischen englisch-russischen Handelsvertrag. Dieses Abkommen wird die Grundlage zu einem endgültigen Handelsvertrag bilden. Es sieht die Restbegünstigung für Rußland und England vor. Die sowjetrussische Regierung erhält die Erlaubnis zur Wiedererrichtung einer Handelsdelegation in London. Drei Leiter dieser Handelsvertretung werden diplomatische Immunität genießen. Ihr Gehälde wird extraterritoriale Rechte erhalten.

Sie haben es eilig! Wie die Deutschnationale Pressestelle mitteilt, ist der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei zum 25. April (nicht zum 1. Mai) um 11 Uhr vormittag nach Berlin einberufen worden.

Die Umsatzsteuerpflicht der freien Berufe. Nach den Beschlüssen des Reichstags über die neue Umsatzsteuer sind die Angehörigen der freien Berufe ebenso wie Handelsgenossen und Makler von der Umsatzsteuer befreit, wenn der steuerpflichtige Umsatz nicht mehr als 18 000 M. jährlich beträgt. Bisher war die Steuerfreiheit auf einen jährlichen Umsatz bis zu 8000 M. begrenzt.

Ein mutiger Zusammenstoß in Bukarest zwischen einer Inhaberdemonstration und dem Militär forderte etwa zwanzig Opfer, darunter einen Toten.

WERTHEIM

Heute Donnerstag billige Lebensmittel

Lepziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz Samell Dorat, Mengenabgabe vorbehalten. Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

Rinderkamm Pfund	0.86	Lieser Pfund	0.75
Rinderbrust Pfund	0.86	Gehacktes Pfund	0.85
Qualsch Pfund	0.95	Schweinerücken mit Belag, Pfund	1.04
Gurrippe Pfund	0.85	Schweineschinken Kamm u. Blatt, mit Belag	1.22
Schmorfl. 1.10 o. Knoch.	1.30	Kahler mild gesalzen	Pfd. 1.32
Roastbeef m. Knoch., Pfd.	1.10	Nierenalg ausgelesen, Pfd.	0.50
Rinderzungen Pfund	1.25	Prima Gefrierfleisch	
Kalbskamm Pfund	0.84	Suppenfleisch Pfund	0.80
Kalbsbrust Pfund	0.84	Rinderkamm Pfund	0.85
Kalbsnierenbraten	0.94	Rinderbrust Pfund	0.85
Kalbsschnittel Pfund	2.20		
Hammelvorderfl. Pfd.	1.02		

Wurstwaren

Dampfwurst Pfund	0.98	Tee- u. Leberwurst	1.75
Rotwurst Pfund	0.98	Zervelat u. Salami holsteinsche, Pfund	1.75
Leberwurst (Hausmacher)	1.20	Tecwurst grobe, Pfund	1.90
Fleischwurst Pfund	1.20	Speck fett, Pfd. 1.10 mager	1.45
Wiener Würstchen	1.25	Schinkenspeck Pfund	1.85
Jagdwurst Pfund	1.40	Nußschinken ca. 2 Pfd.	2.10
Mettwurst Braunschweig. Art	1.40	Käulgr., Rosenthaler Str., Moritzpl.	
Bierwurst Pfund	1.50	Speckwurst Pfund	0.90
Filetwurst Pfund	1.70	Berl. Mettwurst Pfd.	1.20
Schinkenpolnische	1.70		

Konserven

Stangenspargel 70-90 Stang.	2.20	Br.- u. Schnittbohnen l	0.80
Ries-Stangenspargel	2.90	Haricots verts extra fein	2.10
Bruchspargel dünn	1.95	Apicium 0.54 extra	0.67
Bruchspargel extra stark	2.50	Pflaumen 0.55 halbe Frucht	0.75
Kaiserschoten	1.60	Mirabellen	0.95
Erbsen feil	1.20	Birnen halbe Frucht, extra	1.45
Gem. Gemüse fein	1.45	Kalif. Pfirsiche	1.45
Leipziger Allerlei	0.78	Kalif. Fruchtsalat	1.90

Kaffee

Konsum- Sorte II, Pfd.	2.00	Sonder-Misch. Pfund	3.20
Mischung Sorte I, Pfd.	2.40	Olympia-Misch. Pfd.	3.60
Haushalt-Misch. Pfd.	2.80	Globus-Misch. Pfund	3.80

Hühner gefroren, Pfund von	0.85 an
Puten Pfund von	0.98 an
Suppenhühner frisch geschlachtet, Pfd. v.	0.98 an
Enten Pfund von	1.18 an
10 frische Eier von	0.68 an

Kabeljau ganze Fische, ohne Kopf, Pfund von	0.10 an
Bratschollen 3 Pfund von	0.20 an
Kabeljau-Filet Pfund von	0.20 an
Schellfisch Pfund von	0.28 an
Zander gefroren, Pfund von	0.55 an
Frische Hechte	0.68 an
Spiegelkarpfen lebend, Pfund von	0.98 an
Lebende Aale, Sch. eie u. Hechte	

Kolonialwaren

Gemischt. Backkorn Pfund	0.48	0.65	0.80
Pflaumen Pfund	0.54	0.68	0.78
Kalif. Aprikosen Pfund	0.74	0.95	1.15
Kalifornische Birnen Pfd.	0.74	0.95	1.15
Amerikan. Ringäpfel Pfund	0.22	0.28	0.32
Tafelreis Pfund	0.22	0.28	0.32
Eier-Makkaroni Pfund	0.65	Bruch, Pfd.	0.48
Puddingpulver Vanille- u. Mandel-Geschmack	0.55		
Schokoladen-Pudding Pfund	0.76	1.10	

Obst

Tafeläpfel Pfund	0.28
Boskop-Rencien	0.36
Kaliforn. Äpfel Pfund	0.45
Zitronen Dutzend	0.30 0.38
Apfelsinen Dutzend	0.60 0.45
Blutapfelsinen Dtz. 0.70	0.50
Jaffa-Orangen 5 St. von	0.45 an
Ananas frische, Pfd. von	0.85 an

Gemüse

Weißkohl böhm., Pfd.	0.05
Möhren gewach. 5 Pfund	0.20
Rote Rüben 5 Pfund	0.20
Rot- u. Wirsingkohl	0.12
Salat großer Kopf	0.15
Blaispinat frischer 3 Pfd.	0.35
Schwarzwurzeln Pfd.	0.20
Nieren-Kartoffeln neue italienische, 2 Pfund	0.35

Käse u. Fett

Camembert vollfett 0.20 Schachtel 6 Portionen 0.65	Schweizer dänisch, 1/2 Pfund 0.82
Limburger vollfett 0.84	Holländer vollfett, Pfund 0.94
Edamer vollfett 0.94	Schweizer bayr. vollfett 1.35 an
Emmentaler Art ohne Rinde, Schachtel 6 Port. 0.74	Kokosfett 1-Pfund-Tafel 0.50
Tilsiter vollfett Pfund 0.78 an	Margarine Pfund 0.50 0.58
Steinbuscher vollfett, Pfd. 0.90	Mo.kereibutter Pfund 1.36
Münster Art vollfett, Pfd. 0.90	Tafelbutter Pfd. 1.48 1.58
	Dän. Butter la Qualität 1.68

Räucherwaren

Büchlinge Pfund von	0.24 an	Seelachs in Stücken, Pfund	0.35
Flundern Pfund von	0.30 an	Fleckerlinge Pfund	0.45
Dorschrogen Pfund	0.35	Lachs in Stücken, Pfd. u	1.30 an
Sprottbüchlinge Pfd.	0.38	Aale Pfd. u	3.00 an Bund 0.35

Wein

1929 Oberhaardter Tisch- und Dörrwein	0.73
1929 Bergzaberner Letten kernig, frisch	0.50
1928 Wöllsteiner Hüllberg guter Tischwein	1.00
1929 Liebraumlich Goldkapsel sehr lieblich	1.20
1927 Altenbamberger Laurentiusberg fein, blum.	1.40
4 empfohlenen Naturgewächse:	
1928 Lorcher Kapellenpfad wachstum reif, 170	
1928 Lieserer Niederberg wachstum reif, 2.00	
1921 Chät. La Lagune wachstum reif, 1.70	
1925 Haut Saunernes feinfühlig, weißer Bordeaux	2.40
11 Sorten Faßwein billigst	

Am Montag, dem 14. April 1930, um 10 Uhr, wird die Leiche des verstorbenen Emil Benda, geb. 18. April 1871, am 14. April gestorben, im Krematorium Baumhulsenweg 11, abgeführt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Hugo Pelikan
geb. 1. April 1871, am 14. April gestorben.

Karl Brodel
geb. 2. Januar 1887
Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 22. April, 10 Uhr, im Krematorium Baumhulsenweg 11, statt.

Theo Frese
geb. 6. Oktober 1903
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Verkäufe
Kleider, Westen, Geldtaschen, Schuhe, etc.

Getragene Herrenanorak
Wenig getragene Herrenanorak, hellblau, verpackt, zu verkaufen.

Getragene Herrenanorak
Wenig getragene Herrenanorak, hellblau, verpackt, zu verkaufen.

Getragene Herrenanorak
Wenig getragene Herrenanorak, hellblau, verpackt, zu verkaufen.

Getragene Herrenanorak
Wenig getragene Herrenanorak, hellblau, verpackt, zu verkaufen.

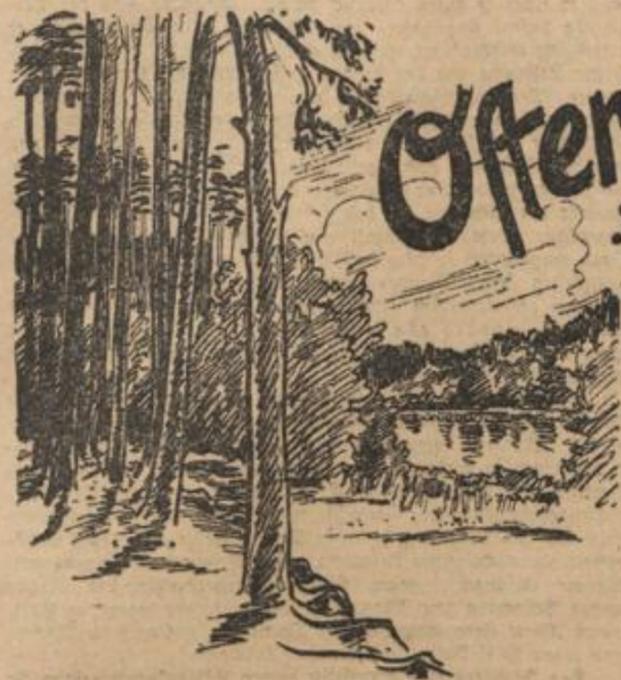
Getragene Herrenanorak
Wenig getragene Herrenanorak, hellblau, verpackt, zu verkaufen.

Gut Alt-Langerwisch bei Potsdam
verkauft
Wald- und Garten-Parzellen
für Dauerwohnung und Wochenend
in landschaftlich herrlicher Gegend, abseits vom grossen Verkehr, den 1 m von RM.1.50 an
Verlangen Sie bitte ausführlichen Prospekt von der Funk'schen Gutsverwaltung Alt-Langerwisch, Post Michendorf, oder deren Stadtbüro: Berlin NW. 7, Friedrich-Ebert-Strasse 28. Fernruf: A 4, Zentrum 5074
Kaufen Sie nicht, bevor Sie bei uns waren

Musikinstrumente
Violinen, Gitarren, Pianoforte, etc.
Fahrräder
Motorräder, etc.
Geschäftsverkäufe
Kaufmannswaren, etc.

Kaufgesuche
Suche nach...
Unterricht
Berlin, Schul...
Vermietungen
Wohnung...
Zimmer
Zwei Zimmer...

Meine Millionen Umsätze
sind der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit meiner Firma!
Grosses Spezialgeschäft seiner Art in ganz Deutschland.
Eduard Süsskind
Brunnenstr. 42, Müllerstr. 144, Chausseestraße 76, Prenzlauer Allee 50, Koppenstraße 57, Petersburger Straße 50, Grünauer Straße 15, Köpenicker Straße 121, Martin-Luther-Straße 86, Wilmersdorfer Straße 157, Wollankstr. 28, Wilmersplatz 1, Weissenhof, Berliner Allee 247, Neukölln, Berliner Straße 12, Hermannstraße 27, Spandauer, Potsdamer Straße 23, Schönberg, Kolonnenstraße 9, Tempelhofer, Berliner Str. 152, Steglitz, Schloßstr. 121, Moabit, Wilmersacker Straße 28, Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 40.



Osterfahrt ins Schlaubetal.

mitunter Geschmackslosigkeit — von Bahnhofsbauten aus früherer Zeit ist verschwunden. Einmal, aber dennoch schöne Gebäude erheben sich hier und vereinigen sich zu dem anheimelnd wirkenden Bahnhof. Auch bei dem Erweiterungsbau des Rathauses hat man es meisterhaft verstanden, den Umbau mit dem Stil des alten Gebäudes in Einklang zu bringen.

Wir wandern vom Bahnhof hinunter zur Stadt. Ein Teil der alten Ballanlagen ist in Parkanlagen umgewandelt worden. Von der großen Oberbrücke hat man einen schönen Blick auf die alte Stadt. Zur Zeit des Sonnenaufgangs ist es hier besonders schön. Scharf heben sich die Türme und Umrisse der alten Kirchen von dem hellen Abendhimmel ab, hoch die Häuser der alten Stadt überragend.

Im Schlaubetal.

Der Zug bringt uns weiter über Müllrose nach Witzdorf. 10 Minuten östlich vom Bahnhof liegt das Dörfchen. Wir wandern hindurch und folgen alsdann südsüdlich den Weg nach Kupferhammer. Die Straße senkt sich allmählich, sie führt in das Schlaubetal hinab. Die Kullissen schieben sich die bewaldeten Hänge vor. Noch eine Biegung des Weges, und Kupferhammer sowie die Schlaube liegen vor uns. Der Name dieser Siedlung deutet darauf hin, daß sie angelegt wurde, um Kupfer zu verarbeiten.

Wir wandern den Wassern der Schlaube entgegen gen Süden. In einem engen waldigen Tal zieht das Fließ dahin. Von ganz besonderer Schönheit sind die Wege, die hier entlang führen. Der Lauf der Schlaube wird durch größere und kleinere Seen unterbrochen. Am Schützen-Wasser, Langen See, Großen

und Kleinen Schinkensee vorüber kommen wir zur Oberförsterei Stehdichum, die oben auf der Uferhöhe liegt. Wir bleiben im Tal. Der Weg, der bis hierher auf dem Ostufer der Schlaube entlang führte, geht jetzt zum Westufer hinüber. Bald haben wir den Hammersee erreicht. Einen besonders schönen Waldsee. Dann wieder ein Stückchen am Fließ entlang, und vor uns öffnet sich der Blick auf den langgestreckten, an Buchen reichen Großen Treppensee, den größten See im Lauf der Schlaube. Auch dieser See ist rings von Wald umgeben, keine Siedlung stört die erhobene Ruhe der Einsamkeit.

Wir bleiben am Großen Treppensee bis zu seinem Südende. Auf der Chaussee kommen wir östlich zur Bramsdorfer Mühle, wo wir die Schlaube wieder erreicht haben. Jetzt wandern wir auf dem Ostufer des Fließes weiter. Das Tal wird eng, die Seen sind verschwunden. Bald begleiten jedoch Wiesenniederungen, von den bewaldeten Uferhöhen eingerahmt, das Fließ. Aus den Berghängen rieseln häufig Quellen. Schön und abwechslungsreich ist die Wanderung durch diesen Teil des Schlaubetals. Ufervorsprünge und Tafelbuchungen schaffen ständig neue Landschaftsbilder, und auch der Rückblick auf den durchwanderten Teil des Tales ist äußerst reizvoll. Gemächlich schreitend, nicht stramm marschierend, müssen wir vorwärtsgehen und oft rückwärts blicken, nur dann können wir die Schönheit dieser Landschaft recht auskosten.

So kommen wir zur Kieselwitzer Mühle. Das Tal wird jetzt ganz eng, nähern wir uns doch dem Ursprung der Schlaube. Einige leuchtartige Erweiterungen zeigt sie uns hier, zur Seenbildung reicht das Wasser noch nicht aus, dazu ist die Schlaube zu jung. Wir haben die Schlaubemühle erreicht. Jenseits der Chaussee erstreckt sich der reich gewundene Birchensee. Wir stehen hier an der Wiege der Schlaube. Dieser See ist der Quelle des Fließes. Hier nimmt die Schlaube ihren Anfang, um als eins der schönsten märkischen Fließes gen Nord zur Oder zu eilen, in die sie sich an der Steilen Wand bei Löffow ergießt. In ihrem Unterlauf ist der Müllrose Kanal angelegt worden, wodurch hier das Schlaubestück verschwunden ist. Auch der neuere Oder-Spree-Kanal benutzt einen Teil des Unterlaufs der Schlaube. So trägt sie auch an der Ausgestaltung des märkischen Wasserstraßennetzes bei. Die Freude des Wanderers bildet sie jedoch in ihrer Jugend, wo sie zwischen waldigen Höhen und durch saftige Wiesen hin dahinschlängelt und liebliche Teiche und leuchtende Seen bildet.

Wir können jetzt wählen, ob wir gen West über Chassewitz zum Bahnhof Weichensdorf (etwa 10 Kilometer) oder gen Ost nach Kloster Reuzelle (etwa 13 Kilometer) wandern wollen. Der letztere Weg ist empfehlenswerter, bietet er uns doch Gelegenheit, dieses Kloster zu besuchen.

Nach Reuzelle.

Vom Ostufer des Birchensees führt ein Gostellweg gen Ost durch den Wald. Am Abendende erreicht er die Chaussee, und nun geht es auf dieser nach Treppeln, durch das Dorf hindurch und dann östlich weiter über hügeliges Gelände zum Wald. Nach etwa 40 Minuten rechts ab, zuerst noch durch Wald, dann über die Buchwälder, ein sandiges Agerland, nach dem hochgelegenen Dorf Schwaerze.

Von hier wandern wir durch das schöne Dörfchen nach Norden. Der Weg führt an einigen Mühlen vorbei, die von dem kleinen Fließ getrieben werden. Wir kommen nach Summro und wandern östlich nach dem nahebei gelegenen Dorf Schlauben. In dieses schließt sich das Stift Reuzelle an. Das Kloster wurde 1268 gegründet. Die Klosterkirche ist auch jetzt noch katholisch, ihr Inneres ist reich geschmückt. Von den alten Klostergebäuden sind nur noch einige erhalten. Ein Teil fiel 1892 einem Brande zum Opfer. Von 1817 bis 1922 befand sich in den Klostergebäuden ein Lehrerseminar.

Von der Ostseite des Klosterhofs kommt man zum ehemaligen Klostergarten, der terrassenförmig angelegt ist. Hier stehen einige Eiben, Vertreter einer in Deutschland jetzt fast gänzlich ausgestorbenen Robelbaumart. Sie sind etwa 13 Meter hoch und haben



Blick auf einen der schönen Seen im Laufe der Schlaube

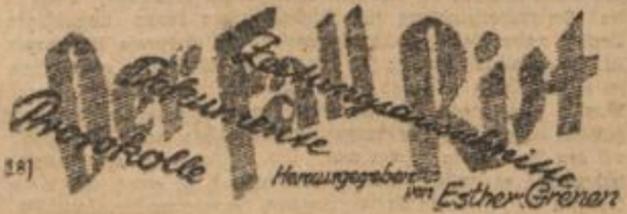
Für eine mehrtägige Osterfahrt bietet auch die Mark Brandenburg Schönes genug! Zum Beispiel ist das Schlaubetal ein Kleinod im Perlenkranz märkischer Naturschönheiten.

Frankfurt a. d. O.

Mit einer Wanderung zum Schlaubetal läßt sich gut ein Besuch der alten Handelsstadt Frankfurt an der Oder verbinden. Diese Stadt war vom 13. Jahrhundert an neben Breslau und Stettin einer der Hauptplätze am Oberstrom. Frankfurts Grundlage ist von Anfang an der Handel, und so nennt sich die Stadt heute noch „Handelsstadt“. Als jedoch mit dem beginnenden Eisenbahnverkehr die Bedeutung Frankfurts für den Handel nachließ, waren es die zahlreichen Behörden, die der Stadt mehr und mehr das Gepräge einer Beamtenstadt gaben. Als nach dem Weltkriege die Reichsgrenze bis auf etwa 12 bis 15 Meilen an Frankfurt herangerückt war, gewann es durch den Zuzug zahlreicher aus dem Osten verdrängter Behörden und als östlichster Handelsknotenpunkt wiederum an Bedeutung. Frankfurt wurde zu einem Hauptort für den Osten des Reiches.

Ein alter Chronist aus dem 18. Jahrhundert preist das Lob Frankfurts mit folgenden Worten: „Die Gegend, in welcher die Stadt liegt, ist ohne Zweifel eine der allergünstigsten Gegenden, welche die Natur aufzuweisen hat. Die Stadt ist vor anderen Dörfern vornehmlich, insonderheit im Frühling, das Gemüth zu gemauerten Nachdenken und zum Laube des allgütigsten Stiffers dieses Bergnügens zu ermahnen.“

Die Bahn führt von Berlin bis hinter Fürstentwale im Berliner Hauptbahnhof entlang, das sich durch ausgedehnte Kiefern- und Buchenwälder auszeichnet. Sodann geht es über die Hochfläche des Landes des Pabst bis Rosengarten. Hier beginnt der Abstieg der Bahn in das Oberthal. Jahrrelange Arbeiten hat die bei Kriegsende begonnene Neuverlegung der Bahn erfordert, um das lockere Gerölle zu beseitigen. Immer wieder rutschte der Berg nach und zerstörte den begonnenen Bau. Die Bemästigung des märkischen Landes hat mehr Mühe und Arbeit gefordert — und auch Geld — als ein gleicher Bau im festen Fels der Gebirge. Der Bahnhof in Frankfurt ist vor einigen Jahren erneuert worden. Er bietet ein städtebaulich schönes Bild. Die strenge Rhythmisierung — und



Der Fall Rist

Protokoll
aufgenommen auf Schloß Aaresund mit Gräfin Ebba Aaresund geb. Baronin Lilienstjerna, geb. 1890 in Stockholm, evangelisch, verheiratet.

„Die Umstände zwingen mich, auf Einvernahme zu bestehen, Frau Gräfin. Ich werde jedoch nur einige wenige Fragen an Sie stellen.“

„Aber bitte, bester Herr Untersuchungsrichter, ich stehe selbstverständlich zu Ihrer Verfügung. Ich wäre am liebsten selbst zu Ihnen in die Stadt gekommen, aber Sie sehen ja, in welchem einem Zustand ich mich befinde. Es war mir einfach unmöglich, das Bett zu verlassen.“

„Sie kennen Lorben Rist, Gräfin?“

„Lorben Rist? Diesen Pädagogen im wahrsten Sinn des Wortes! Jetzt sagen Sie mal, bester Herr Jakobson, wie stellen Sie sich das eigentlich vor. Wo sollte ich, Gräfin Aaresund, mit solch einem Individuum zusammenkommen?“

„Herr Rist behauptet, Ihnen einmal im Hause von Frau Delius begegnet zu sein.“

„Das ist nicht unmöglich. Ich bitte Sie, wer und was verkehrt dort nicht alles. Künstler und solche Leute. Wie soll ich mir da irgendeinen Menschen merken können.“

„Sie waren also einmal zum Tee bei Frau Delius?“

„Ja, ja, ich war einmal oder zweimal in den letzten Jahren dort. Wann und wie kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich war vielleicht auch diesen Frühling dort. Man will doch nicht unfreundlich sein mit den Leuten.“

„Rist behauptet ferner, Sie hätten ihn einmal in Ihrem Auto vom Aaresunder Buchenwald bis zur Fähre mitgenommen.“

„Das ist eine unverschämte Lüge.“

„Fahrer Hans Hansen erzählte aber, er hätte gesehen, wie Sie eines Nachmittags Herrn Lorben Rist vor seiner Fähre absiechten und dann gegen Sändrup zu weiterfahren.“

„Hatten Sie einen Lustmörder und einen Trunkenbold für glaubwürdiger als die Gräfin Aaresund, Herr Untersuchungsrichter?“

„Frau Gräfin, in Ihrer nächsten Nähe ist ein Unglück, vielleicht sogar ein entsetzliches Unglück geschehen. Sie wissen, was ich meine. Es ist Aufgabe des Gerichts, herauszubekommen, wer den Schlüssel des Aaresunder Badehäuschens, der erwiesenermaßen in ihrem Besitz gemessen war — den andern hat ja noch der Verwalter —, an sich gebracht hat.“

„Warten Sie, — das verstehe ich nicht alles —, wollen Sie damit sagen, daß vielleicht ich selbst mein kostbares und geliebtes Badehaus in die Luft gesprengt habe. O Gott, o Gott, mein Kopf droht zu zerpringen.“

„Ich weiß nicht, wie Sie auf diesen Einfall kommen, Gräfin. Lorben Rist ist, wie wir mit Sicherheit annehmen können, an dem bewußten Abend in dem Badehaus gewesen. Ja, er hat es, und das gibt er sogar selbst zu, schon vorher einmal mit Fräulein Morislaw ausgeht gehabt.“

„Du lieber Himmel, dann ist er also ein Eindringler.“

„Kannten Sie das junge Mädchen?“

„Richt, daß ich wüßte. Vielleicht war sie auch damals bei Frau Delius. Ich habe so ganz und gar kein Phisognomiegedächtnis.“

„Sie halten es also für ausgeschlossen, daß Fräulein Morislaw Ihnen den Schlüssel — sagen wir weggenommen hat.“

„Ich kann es mir nicht vorstellen.“

„Dann bleibt die Sache rätselhaft. Denn nur ein Mensch, der mit Ihnen persönlich in Verbindung war, kann Ihnen den Schlüssel entwendet haben.“

„Herr Untersuchungsrichter, mir schwindelt. Bitte, lauten Sie doch sofort meiner Jofe. Ich muß ein Pulver haben. Oh, diese Schmerzen! Können Sie denn nicht zehn Minuten aufhören, mich zu quälen. Ich erstickt.“

(Die Einvernahme wird für zehn Minuten unterbrochen.)

„Können mir fortfahren?“

„Herr Jakobson, ich will Ihnen ein Geständnis machen. Sie sind ja doch auch kein brutales Ungeheuer, so sehen Sie zumindest gar nicht aus. Sie sind doch ein Mensch, wenn Sie auch Richter sind, und sehen Sie, ich bin eine schwache Frau.“

„Wie bitte?“

„Ich leide schon seit meiner frühesten Kindheit an einer sicher pathologischen Sensibilität. Ich kann nicht sehen, wie man ein Pferd schlägt, ein Stückchen Fliegenpapier bringt mich zu Weinkrämpfen, ich, ich —“

„So beruhigen Sie sich doch, Frau Gräfin.“

„Sie zwingen mich, einen Menschen ins Gefängnis zu bringen, Richter Jakobson. Denn, mag er auch ein Verbrecher sein, ich werde keine Stunde, die der Unglückliche um meinetwillen zu verbüßen hat, ein Auge schließen können. Sie bringen mich zum Wahnsinn, Richter Jakobson.“

„Ich versuche nichts, als meine Pflicht zu erfüllen. Und glauben Sie, diese Pflicht fällt mir nicht immer leicht. Sie geben also zu, Lorben Rist gekannt zu haben.“

„Sagen Sie mal, bester Herr Jakobson, könnten Sie das Fräulein da nicht hinauscheiden? Man muß Sie doch auch einmal unter vier Augen sprechen können. Oder fürchten Sie sich vielleicht vor mir?“

„Der Bericht ist nur mit einer zu Protokoll genommenen Aussage gedient. Uebrigens ist Fräulein Nielsen in ihrer Amtstätigkeit zum Schweigen verpflichtet.“

„Sie sind wirklich schrecklich mit Ihrer Strenge. Und was geschieht, wenn das jetzt alles in die Zeitung kommt?“

„Sie scheinen mich zu verwechseln, ich bin kein Reporter.“

„Ach, ich kenne das. Da wird immer geschwiegen und geschwiegen, und auf einmal kommt doch alles heraus.“

„Ihr Mißtrauen ist beleidigend, Gräfin!“

„Und mein Mann — Sie wissen ja, mein Mann ist nicht mehr jung. Ihn trifft auf der Stelle der Schlag, wenn er hört, was mir begegnet ist. Der läßt mich überhaupt nicht mehr allein durch den Wald chauffieren. Und Kai, mein Kai, mein lieber, süßer Junge...“

„Frau Gräfin, wir müssen zur Sache kommen. Sie kennen also Lorben Rist.“

„Ja.“

„Sie geben zu, mit ihm die gewisse Autofahrt gemacht zu haben?“

„Eine Autofahrt nennen Sie das, wenn einem im Wald mit vorgehaltenem Revolver aufgelauert wird? Ich danke.“

„Sie wollen damit sagen, daß Lorben Rist Sie überfallen hat.“

„Ich fuhr eben durch die schlechteste Stelle im Buchenwald, ganz langsam, die Straße ist ein Skandal, nichts als Wurzel und Löcher, ich jagte immer schon zu meinem Mann, Kai, sagte ich, die Straße muß einmal repariert werden, aber der hängt ja so an jeder seiner alten Buchen, da kann auch seine eigene Frau laputt gehen, was liegt ihm schon dran —“

„Zur Sache, Gräfin, wenn ich bitten darf.“

(Fortsetzung folgt.)

einen Stammdurchmesser von etwa 40 Zentimetern in einem Meter Höhe über dem Boden.

Vom Dorf Schlafen führt eine schöne Kastanienallee zum Bahnhof Reuzelle, von dem aus wir die Heimfahrt über Frankfurt antreten.

Die Wanderung läßt sich in zwei bis zweieinhalb Tagen bewältigen. Zur Verbilligung benutzen wir bis Frankfurt eine Sonntags-Zuschfahrkarte (3. Klasse von der Stadtbahn 4,40 M., vom Schloßhof Bahnhof 4,10 M.). Empfehlenswerte Karten: Reichskarte 1:100.000, Blatt 520, Fürstenberg an der Ober-Weißhalla 1:25.000, Blatt 2117 Brunow, 2118 Fünfeichen, 2184 Groß-Rudow und 2185 Reuzelle.

Die Pleite der „Großsiedlung“.

5000 Mitglieder um ihre Einzahlungen betrogen.

Nun ist die Pleite des mit soviel Geschrei ins Leben gerufenen Vereins „Großsiedlung“ Tatsache geworden. Frühzeitig hat der „Vorwärts“ bereits die Klopse des Plans nachgemessen, für den sich anfangs ein so bedeutender Mann wie Professor Gropius einsetzte. Die Geschäftsdirektoren der „Aktion“, in die jetzt auch noch kriminelle Dinge hineinzupfeifen schienen, aber sind wieder zum größten Teil Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte.

Vor dem Arbeitsgericht Berlin fand jetzt eine Verhandlung gegen den Verein „Großsiedlung“ statt. Kläger war der bisherige Geschäftsführer Dipl.-Ing. Stefan Fischer, der freilich entlassen worden ist, angeblich weil er sich schwere Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Fischer eine Voruntersuchung eingeleitet, aus diesem Grunde wurde auch der Prozeß vor dem Arbeitsgericht nicht zu Ende geführt, sondern bis zur Erledigung der Strafsache ausgesetzt. Die Verhandlung hat jedwachen Erfolg, daß der Verein völlig mittellos ist. Was eigentlich bei dem Verein „Großsiedlung“, der von Professor Gropius ins Leben gerufen ist, vorgegangen ist, dürfte auch die Staatsanwaltschaft kaum klären. Fest steht, daß Professor Gropius aus irgendeinem Grunde den aus Ungarn kommenden Diplomingenieur Fischer — dessen Diplom übrigens angezweifelt wird — zum Geschäftsführer gemacht hat. Fischer soll es nun verstanden haben, den Rechtsanwalt Dr. Haver und den Kaufmann Peine zur stärkeren Arbeit heranzuziehen. Die drei leiteten die Vorstandsmittelglieder des Vereins und auch den geschäftlichen Verkehr etwas unbeholfener Professor Gropius an die Hand. Dieser zog es dann auch schon vor längerer Zeit vor, seiner „Großsiedlung“ den Rücken zu kehren.

Das Amtsgericht hat inzwischen zwangsweise einen neuen Vorstand bestellt, und zwar die Herren Goller und Günther, die auch den Verein vor dem Arbeitsgericht vertreten. Goller erklärte, daß die 5000 Mitglieder sämtlich um ihre Einzahlungen betrogen seien, daß nur noch Schulden vorhanden seien und der ganze Verein lediglich noch in der Luft existiere. Inzwischen soll Herr Fischer auch das gesamte Büromobilien ausgeräumt und beseitigt haben. Fischer selbst behauptet, daß der Zusammenbruch des Vereins eine Folge des Konkurses der Bankfirma Lehmann u. Co. sei. Das gesamte Vermögen des Vereins soll, wie in der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht erwähnt wurde, verpfändet sein, angeblich an eine von Haver, Peine und Fischer gegründete GmbH, die die Geschäfte des Vereins führen sollte.

Die ermordete Berlinererin.

Erneute Obduktion auf dem Friedhof Weihensee.

Auf Ersuchen des Schweizer Untersuchungsrichters in Bellinzona wurde auf dem jüdischen Friedhof in Weihensee die Leiche der in Aschona bei Locarno von ihrem Gatten getöteten Eva Koppel-Cecchini wieder exhumiert. Entsprechend den Wünschen der Schweizer Behörden nahm Gerichtsarzt Med. Rat Dr. Drenth eine nochmalige Obduktion vor, die gleich im Anschluß an die Exhumierung in der Leichenhalle des Friedhofs stattfand und sich insbesondere auf die Feststellung bezog, aus welcher Entfernung die tödlichen Schüsse nach dem Befunde der Verlegungen abgefeuert sein müßten. Ein Geschöß wurde dabei noch im Körper der Toten gefunden, im übrigen konnten vorläufig zwei Einschußhöhlen festgestellt werden. Die betroffenen Leichenteile wurden sichergestellt, damit an Hand langwieriger mikroskopischer und chemischer Untersuchungen die notwendigen Feststellungen getroffen und in einem ausführlichen Gutachten dem Untersuchungsrichter in Bellinzona übermittle werden können. Die Leiche selbst wurde nach beendeter Obduktion wieder der Erde übergeben. Ein vorläufiges Gutachten beschränkt sich zunächst auf Angaben über die vermutlichen Einschußrichtungen und die nach dem ersten Augenschein vorgenommene Schätzung der Entfernungen, in denen sich der Täter beim Schießen der Waffe auf seine Frau befand. Bekanntlich soll nach auf die am Boden liegende ein zweites, wenn nicht sogar ein drittes Geschöß abgegeben worden sei.

Drei Schwerverletzte bei einem Zusammenstoß.

Gestern nachmittags fuhr ein mit zwei Personen besetztes Privatauto der Telefunken-Gesellschaft in der Chausseestraße in Wandersdorf mit einem Lieferauto zusammen. Dabei erlitten der Oberingenieur Paul Müller aus der Teltower Straße 16, der Ingenieur Franz Grashick, Tempelhofer Meer 10, und der Führer des Wagens, Alfred Viehla aus der Perleberger Straße 57, schwere Verletzungen, daß sie ins Leber-Krankenhaus gebracht werden mußten. Das starkbeschädigte Privatauto mußte später abgeschleppt werden.

Der fidele Gefängnisclub.

Beamte und Gefangene unter sich.

In der gestern mittag begonnenen Verhandlung gegen die vier Strafanstaltsobermächter wegen Gefangenenerziehung und Bestechung und gegen die Kaufleute Albert Fren und Willy Falter wegen aktiver Bestechung widertrieben die Beamten ihre vor der Polizei gemachten Geständnisse. Sie behaupteten, daß sie von dem Kriminalkommissar geradezu verzwängt worden seien und alles unterschreiben hätten, bloß um loszukommen.

In dem Ermittlungsverfahren hatten die Beamten angegeben, daß sie bei den Ausführungen Fren hätten seiner Wege gehen lassen, während sie in Lokalen saßen und zechten und auf Kosten von Fren aßen. Es soll auch vorgekommen sein, daß sich, da die Ausführung immer von zwei Beamten vorgenommen wurde, der dritte einkehrte und daß sie Skat spielten. In diesen Ausführungen waren die Angeklagten Fronhede, Werner und Heilmann beteiligt. Der Angeklagte Max Werner ist, wie sich bei der Feststellung seiner Personalien ergab, früherer Gerichtsvollzieher in Beetz gewesen und wurde 1925 wegen Unterschlagung von 500 M. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte damals behauptet, daß ihm der größte Teil des Geldes auf einer Bierreise gestohlen worden sei. Auf einer zweiten Bierreise wolle er das Opfer eines Raubüberfalles gemordet sein. Das Gericht habe ihm keine Erzählung aber nicht geglaubt. Werner ist dann aber im Wiedererhebungsverfahren auf Grund des § 51 freigesprochen worden, obwohl auch dieses Gericht denselben Tatbestand wie die früheren Gerichte als vorliegend angenommen hatte. Später wurde Werner im Untersuchungsgefängnis als Oberrichtmeister angestellt. Dem Fren habe er aus Gefälligkeit immer wieder Geld geliehen und dieser schulde ihm nach über 500 M. Landgerichtsdirektor Küster bezeichnet es als ein unglaubliches Verhalten von Beamten, einem Gefangenen, der wegen Betruges in Untersuchungsgefängnis ist, auf diese Art Gefälligkeiten zu erweisen und sich mit ihm derart einzulassen. Der Angeklagte erwiderte darauf, daß auch alle anderen Beamten Fren günstig gewesen seien.

weil er einen so guten Eindruck machte. Weiterhin hielt der Vorsitzende diesen Angeklagten vor, daß durch seine Begünstigung es ermöglicht worden war, daß sich einer der Sklarets mit dem Buchhalter Lehmann auf der Treppe treffen und mit diesem sprechen konnte. Der Angeklagte bestritt das, ebenso bestritt er, daß er Sklarer des Fren an dessen Freund Zahn in der Krefelder Straße besorgt habe. Schließlich hielt der Vorsitzende dem Angeklagten vor, daß ihm Fren doch eine Speisezimmerreinigung für seinen Dienst versprochen hätte. Der Angeklagte behauptet aber, daß das Speisezimmer als Sicherheit für das geliehene Geld dienen sollte. Demgegenüber wurde dem Angeklagten ein Brief von Fren an dessen Frau vorgehalten, in dem es heißt: „Ich weiß, wieviel ich den Gefälligkeiten Ihres Mannes verdanke, die sich allerdings stets im Rahmen des Erlaubten gehalten haben. Als Entschädigung dafür sollen Sie gratis ein vollkommenes Speisezimmer von mir bekommen. Sie sollen sagen, daß ich vollkommen Saubler bin.“ (Heiterkeit.)

Nach Schluß der Beweisaufnahme bezeichnet Staatsanwalt Wagner das Verhalten der angeklagten Beamten als geradezu unerbittlich. Während komme nur in Betracht, daß ihre Pflichtwidrigkeiten keinen zu großen Umfang angenommen haben und ein großer Schaden nicht entstanden sei. Er beantragte gegen die Strafanstaltsobermächter Fronhede und Werner wegen Gefangenenerziehung und Bestechung je sieben Monate Gefängnis, gegen Strafanstaltsoberrichtmeister Heilmann wegen Gefangenenerziehung zwei Monate Gefängnis, gegen Strafanstaltsoberrichtmeister Müller wegen Bestechung zwei Monate Gefängnis, ferner gegen den Kaufmann Albert Fren wegen aktiver Beamtenbestechung sechs Monate und gegen Willy Falter zwei Monate Gefängnis.

Das Schöffengericht verurteilte wegen Gefangenenerziehung die Strafanstaltsoberrichtmeister Fronhede zu drei Monaten, Wagner und Heilmann zu je zwei Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Müller, Fren und Falter wurden freigesprochen, da Beamtenbestechung nicht ausreichend erwiesen erschien.

Vor dem Harns Potsdamer Straße 32 wurde am Mittwoch nachmittags der 18-jährige Hans Bärtschmidt aus der Brandenburgerstraße 5, der auf seinem Rade dicht an der Brandenburgerstraße 5, von einem Autabus der Linie 5 erwischt und überfahren. Schwerverletzt wurde der Verunglückte ins Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo er kurze Zeit nach seiner Einlieferung starb.

Böhs' Rechtfertigungsschrift.

Beim Bezugsanspruch Berlin ist die Verteidigungsschrift des Oberbürgermeisters Böhs durch seinen Anwalt, Rechtsanwalt Dr. Fischer, eingereicht worden. Der Verteidigungsschrift sind auch mehrere Anträge beigefügt worden, deren wichtigster der ist, das Verfahren gegen den Oberbürgermeister eventuell solange zu vertagen, bis das Strafverfahren gegen die Gebrüder Sklarek seine Erledigung gefunden hat.

In seiner Rechtfertigungsschrift geht Oberbürgermeister Böhs auf den Fall Sklarek ziemlich ausführlich ein und schildert, wie und bei welcher Gelegenheit er die Inhaber der RAB. kennengelernt habe. Ueber das Pelzgeschäft sagt die Rechtfertigungsschrift, daß der Oberbürgermeister in gutem Glauben gehandelt habe, da er nicht gemüht habe, wie hoch der wirkliche Wert des seiner Gattin gelieferten Pelzes gemessen sei. Er habe der ganzen Angelegenheit auch keine über-große Bedeutung beigegeben, da er damals noch geglaubt habe, daß die Sklareks seriöse Kaufleute gewesen seien, und daß er nie auf den Gedanken habe kommen können, daß ihm etwa in verletzter Form eine Vergünstigung angeboten werden könne. Weiter äußert sich der Oberbürgermeister zu dem Vorwurf, daß er von einem Berliner angesehenen Kaufmann bereits lange vor der Auf-rolung der Sklarek-Affäre vor den drei Brüdern gewarnt worden sei. Der Oberbürgermeister betont, daß bei der ungeheuren Fülle seiner Dienstverpflichtungen ihm diese Angelegenheit offenbar entgangen sein müsse. Der Magistrat erhalte zudem fast täglich unterzeichnete und anonyme Schreiben von Leuten, die aus Konkurrenzrücksichten gegen Lieferanten der Stadt etwas vorzubringen wünschten. Er habe bei den Geschäften der RAB. sich in erster Reihe auf die Stadtbank und auf die Ueber-machungsstelle des Magistrats verlassen, die alle städtischen Kassen, Dienststellen und die unter der Kontrolle der Stadt stehenden Gesellschaften zu kontrollieren habe. Eine Begünstigung der Gebrüder Sklarek sei durch ihn niemals erfolgt, zumal er auch auf die Kredit-geschäfte keinen Einfluß gehabt habe.

Ueberleitend wird dann weiter erklärt, daß bei der ungeheuren Verzweigung der städtischen Dienststellen der Oberbürgermeister unmöglich jeden einzelnen Zweig der Verwaltung übersehen konnte. Bereits 1925 habe er mit dem damaligen Stadtkämmerer Karding und dem Geschäftsführer Schmidt der Berliner Stadtbank in einer langen Konferenz vereinbart, daß die Stadtbank, die immer gewisse Verbindungen eingeleitet habe, seine großen Kredite an Private geben solle. Die Kontrolle der Stadtbank sei im übrigen auch weniger die Sache des Oberbürgermeisters als anderer Stellen gewesen, die direkte Einwirkung auf die Finanzen der Stadt hätten. Es wird hierbei auf die Aussagen der leitenden Magistrats-beamten Bezug genommen, die von Oberbürgermeister Tapoloff

feinerzeit verhört worden sind. Ob der vorläufig für den 10. d. J. angelegte Verhandlungstermin eingehalten werden kann, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

15 Jahre Zuchthaus für Kuhbach.

Der Mithelner am Morde zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt

Nach dem Wahrspruch der Potsdamer Geschworenen wurde der Angeklagte, Arbeiter Walter Kuhbach, wegen Totschlages in Tateinheit mit Raub zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Mitangeklagte, Arbeiter Ewald Hummel, wurde wegen Personenhehlerei und Diebstahl zu 2 Jahren 6 Monat Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Beide Angeklagten verdrückten auf Rechtsmittel. Kuhbach hatte am 25. Februar 1927 den Potsdamer städtischen Kassenboten Hammermeister erschlagen und beraubt.

Die Einzelheiten der Anklage gegen Kuhbach sind — trotz der allerniedrigsten Dauer des Prozesses — noch in Erinnerung. Gegen 11 Uhr am 27. Februar 1927 fand man den siebzehnjährigen Kassenboten Hammermeister mit tödlichen Kopfverletzungen auf dem Kulenberg bei Potsdam. Der Verdacht fiel sofort auf Walter Kuhbach; er konnte jedoch sein Alibi nachweisen und wurde aus der Haft entlassen. Seine großen Geldausgaben machten ihn erneut verdächtig, er wurde wieder verhaftet und wieder entlassen, bis er endlich, zum drittenmal verhaftet, gefällig war, den Kassenboten in der Notwehr getötet zu haben. Eine große Zahl Indizien sprachen für einen Mord. Verdächtig war es allerdings, daß der Kassenbote, anstatt die abgehobenen 3000 Mark abzuliefern, Kuhbach zum Kulenberg gefolgt war. Der Angeklagte blieb in der Gerichtsverhandlung bei seiner ursprünglichen Erklärung, er und Hammermeister hätten gemeinsam etwas vorgehabt; der Letztere sei plötzlich über ihn hergefallen, er habe sich gewehrt und dabei die tödlichen Verletzungen verursacht. Obgleich die Gerichtsverhandlung für Kuhbach einen derart ungünstigen Verlauf nahm, daß der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragen zu können glaubte, konnte sich das Gericht jedoch nicht entschließen, in diesem Indizienprozeß zu einer Verurteilung wegen Mordes zu gelangen. Auch die Richter wird wohl die Tatsache stutzig gemacht haben, daß der junge Hammermeister dem Angeklagten auf den Kulenberg gefolgt war. Sie werden wohl angenommen haben, daß es zwischen beiden vielleicht doch zu einem Streit gekommen war, in dessen Verlauf Kuhbach Hammermeister getötet hat.

Zeppelin über Sevilla.

Stoff gefandelt.

Madrid, 16. April.

„Graf Zeppelin“ traf um 13.10 Uhr über Sevilla ein. Das Luftschiff funkte ein Grußtelegramm für Sevilla und stellte mit, daß die Fahrt sehr glücklich verlaufen sei. Was das Luftschiff um 11 Uhr über spanisches Gebiet erschien, landete es dem König Alfons ein Telegramm. Der König ließ durch Funkpruch herzlich darauf erwidern. Augenblicklich kreist der Zeppelin noch über Sevilla und der näheren Umgebung, insbesondere über dem



Kaiser's Oster-Artikel

Hasen Eier Küken

und verschiedene andere Osterartikel aus feinsten Schokolade u. echtem Marzipan

REICHE AUSWAHL IN JEDER PREISLAGE AUS EIGENEN SCHOKOLADEN-FABRIKEN

KAISER'S SCHOKOLADEN PRALINEN U. KEKSE

5%
RABATT
IN MARKEN
ZUCKER AUSGESCHLUSSEN

KAISER'S KAFFEE-GESCHAFT

ÜBER
1000
FILIALEN

Belände der Ibero-Amerikanischen Ausstellung. Auf dem Flugplatz, der über 20 Kilometer von Sevilla entfernt liegt, steht alles bereit, damit das Luftschiff die Landung jederzeit vornehmen kann.

Nach einer weiteren Meldung aus Sevilla ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ auf dem Flugplatz in Huelva glatt gelandet.

Ungültiges Berliner Ortsgesetz?

Um die Erhebung der Berufsschulbeiträge.

Der Magistrat Berlin hatte für die Steuerjahre 1925 und 1926 Berufsschulbeiträge erhoben, die sich für 1925 auf 50 Proz. und für 1926 auf 45 Proz. des Gewerbesteuergrundbetrages beliefen. Die Berliner Rotschuhhandlung G. m. b. H. hatte die Erhebung dieser Zuschläge als ungesetzlich angefochten. Der Magistrat hatte zunächst den Einspruch dieser und anderer Firmen, die sich gegen die Zahlung wegen der Höhe der Zuschläge sträubten, mit der Begründung abgelehnt, daß ein Einspruch unzulässig sei, weil er in das Haushaltsgebühren des Magistrats eingreife. Die Firma erhob deshalb vor dem Bezirksauschuss Klage und dieser hat jetzt ein Urteil gefällt, nach dem jetzt der Klägerin die zu viel gezahlten Steuern nebst Zinsen zurückgezahlt werden müssen. Es ist leicht möglich, daß in zahlreichen anderen Fällen auf Grund dieser Entscheidung ebenfalls erhebliche Rückzahlungen der Zuschläge erfolgen müssen.

Der Magistrat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung neben laufenden Verwaltungsgeschäften mit der Entscheidung des Reichsgerichts über die Entschädigung der Grundeigentümer bei der Festlegung von Fluchtlinien, über die wir bereits mehrfach berichteten. Im Magistrat ist man der Ansicht, daß eine gesetzliche Neuregelung auf schnellstem Wege erfolgen muß. Nach diesem Reichsgerichtsurteil würden zahlreiche Städte für die von ihnen vorgenommenen Freiflächenausweisungen riesige Summen zu zahlen haben, die ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit überschreiten könnten.

Verbeabend der Schwerhörigen.

In der Aula der städtischen Taubstummenanstalt, Wobeschkstraße, veranstaltete der Singsperbund der Schwerhörigen, Ortsgruppe Berlin, einen Verbeabend. Der 1. Vorsitzende, Heppner, begrüßte die Anwesenden und teilte ihnen allerlei Wissenswertes mit; neben den Verbandstätigkeiten ist die Pflege der Geselligkeit eine der Hauptaufgaben der Gemeinschaft und es wird immer wieder versucht, den allzukleinen Mitgliederstand von 350 Teilnehmern — bei einer statistisch erfassten Zahl von etwa 6000 Schwerhörigen — zu heben. Gerade Menschen, denen der Verkehr mit der Außenwelt aus irgendeinem Grunde erheblich erschwert ist, sind im letzten Endes, wollen sie nicht der Einsamkeit verfallen, auf ihren eigenen Kreis angewiesen. Nach der Begrüßungsprache lief der Kulturfilm „Lana“, der Itallen und sein vielgestaltiges Rotwischspiel — lüppigste Blüten neben grausamer Vernichtung — in gutgelebten Bildern zeigte.

Schließung städtischer Friedhöfe. Der Polizeipräsident hat die Beschlüsse des Magistrats und der Reinickendorfer Bezirkskörperschaften von Aufsicht wegen genehmigt, wonach die städtischen Friedhöfe in Berlin-Borsigwalde, Tegeler Straße, und Berlin-Hermsdorf, Schulzendorfer Straße, für Bestattungszwecke geschlossen werden.

Kampf dem Lärm!

Die „Anti-Lärm-Liga“ hatte eine von Ärzten, Rechtsanwältinnen und Behördenvertretern stark besuchte Versammlung im Café Wien einberufen, in der Maßnahmen zur Lärmbekämpfung erörtert wurden.

Max Oppenheimer, der Präsident der Liga, forderte eine Verbesserung der Autohupe, die zu langweilig und viel zu laut ist. Nebenbei ist das Hupe keine Lebensversicherung. London ist leise geworden, weil die dortigen Geschäftleute das Lärmen der Automobilen als geschäftshindernd empfunden haben. Auch die Ruhe in der Wohnung müsse gesichert werden. Die durch das berühmte Teppichklappen oft stark geführt wird. Man solle den Hausbesitzern auferlegen, Staubsauger zur Verfügung zu stellen. Der Lärm, den die Müllabfuhr verursacht, aber kaum behoben werden, wenn die Kisten mit Gummianterlogen versehen sind. Auf diese Weise hat man in Paris den Lärm der bleibenden Müllwagen abgedämpft. Dr. med. Hans Widener wies auf die Schädigungen hin, die der Organismus durch Lärm erleidet. Auf Grund der Erfahrungen, die er als Arzt an Patienten machte, die in lärmerfüllten Betrieben arbeiteten, mußte er mitteilen, daß die erlittenen Schädigungen dauernde sind und hochintelligente, wertvolle Arbeitskräfte in Massen verlorengehen. Sanitätsrat Dr. Alfred Benzer, Vorsitzender des Ausschusses zur Bekämpfung gewerblicher Lärmschwebhörigkeit, teilte mit, welche Schritte bereits getroffen seien, um Metallarbeiter, die sehr oft durch Betriebslärm Gesundheitschädigungen erleiden, zu entschädigen. Magistratsbaumeister Heinrich Härtel forderte auf zum planmäßigen Kampf gegen den Lärm, wie

der Polizei geführt würde. Er empfahl die Angliederung eines solchen Ausschusses an das Heinrich-Hertz-Institut. Als Vertreter dieses Instituts sprach Dr. Meyer über die wissenschaftlichen Untersuchungen der Lärmscheinungen und der Lärmquellen. Professor Johannes Bieble, Leiter des Instituts für Raum- und Bauakustik an der Technischen Hochschule, Berlin, betonte, daß man genau unterscheiden müsse zwischen Bodenschall und Luftschall, wenn eine solche Unterscheidung nicht klar wäre, könne nämlich nur Verwirrung in die Lärmbekämpfung. Man ist jetzt schon so weit, ein Baumaterial ohne wesentliche Nachteilen herzustellen, das schallhemmend wirkt. Rechtsanwalt Gustav Friedmann forderte konkrete Bestimmungen zur Bekämpfung des Straßenlärms. Syndikus Max F. Auerbach erklärte, ganze Straßenzüge würden einwertig, Hotels blieben leer, wirtschaftliche Werte gingen verloren und wie schon ausdrücklich vorher betont wurde, viele menschliche Arbeitskräfte werden geschädigt, wenn wir uns nicht energisch für die Lärmbekämpfung einsetzen.

Nach 11 Jahren selbstgestellt.

Um einen Raubüberfall vor der Verheiratung zu führen.

Mit der Selbstschuldigung, einen schweren Raub verübt zu haben, stellte sich auf dem Polizeipräsidentium ein 33 Jahre alter Techniker.

Wie der Mann erzählte, überfiel er im Juni 1919 in einem Schokoladengeschäft in Charlottenburg die allein anwesende Frau kurz nach Geschäftsschluss. Unter der Vorpiegelung, eine Tafel Schokolade kaufen zu wollen, habe er sich Zutritt verschafft. Als die Frau sich umwandte, packte er sie am Hals, würgte sie, bis sie das Bewußtsein verlor und raubte dann aus der Ladentafel 750 Mark, mit denen er flüchtete. Eine Nachprüfung dieser Selbstschuldigung ergab, daß sie in der Tat zutrifft. Der Techniker hat sich aber in den folgenden Jahren nichts mehr schuldig kommen lassen und ständig entweder in seinem Beruf oder als Lokomotivführer in einem Privatbetrieb gearbeitet. Jetzt wollte er heiraten und befürchtete, daß, wenn seine Tat doch auf ihn zurückgeführt würde, seine schuldlose Frau in Not geraten könne. Deshalb stellte er sich freiwillig und wollte seine Strafe vorher verbüßen. Der Techniker wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die Juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend, dem 19., und Dienstag, dem 22. d. M., aus.

Rose-Theater: Ihre Hoheit, die Tänzerin. Gropes quälendes Operettenwerk von der vertriebenen Herzogin, die, ihres Liebsten Treue prüfend, in das Gewand ihrer Vorgängerin, der tanz- und liebestollen Tänzerin Mariette, schlüpft, liefert im Rose-Theater höchst interessante Wiedergeburt. Der Fräulein Hans von Wamburg, ein äußerst sympathischer und obendrein gut singender Landunker — also eine Resonanz Ihrer Hoheit — besteht sein Examen, und es gibt demnach ein stimmungsvolles happy end. Traute Rose, der strahlende Stern der Großen Frankfurter, deren gelungene Qualitäten, jeder großen Bühne Ehre machen würden, war eine lebenswürdige Herzogin, ihr Beau (Karl Güllig) ein sympathischer Kavallerist; Erna Kersten ein reizend-toilettes Rotkopfbarneschen und Edgar Kanisch als Baron von Stein ein wirklich komischer herzoglicher Trottel.

Funkwinkel.

Das Programm bringt zwei instruktive Vorträge. Max Westphal nennt seinen Vortrag „Gedanken zur Schulentlassung“. Seine Ausführungen beruhen darauf, die Schulentlassenen zu erinnern, daß der Abgang von der Schule und der Eintritt in das Erwerbsleben noch nicht ein besonderes Glück bedeute. Vor allem betont er, daß sich jeder Erwachsene und auch jeder der neuen Schulentlassenen für die Idee einsetzen müßte, das Studium finanziell zu erleichtern, es endlich des Vorrechtes für die bestehende Klasse zu entziehen. Dann spricht Wilhelm Flügel über „Sinn und Zweck der Beamtenarbeit“. Er sieht sie in der Verbundenheit mit der Staatsidee, die er in erster Linie jenseits jeder Parteipolitik verankert erblickt. Gerade die Beständigkeit dieser Institution, ihr Uebergeordnetsein über andere Dinge verlangen ein ständiges Beamtentum, das nicht jeden Augenblick der Gefahr der Entlassung und des Wechsels ausgelegt ist. Allerdings liegt hier auch eine Problematik vorliegen, da sich im Beamtentum ebenfalls eine Fronde gegen die Staatsform entwickeln kann. Der Vortrag gibt sonst einen anschaulichen Ueberblick über die Pflichten und über die Struktur des Beamtentums. Im Rahmen der Veranstaltung „Wovon man spricht“ erörtert Dr. Ernst Feder erschöpfend und geistreich formulierte den Fall des Handelsbankrotts „Falko“. Er rekurriert ihn unter das Kapitel der ewigen menschlichen Dummheit. Beim drahtlosen Empfang ferner Stationen hört man etwa Laulau oder Schwedische Sender oder Musik. Ueber das Hörspiel von „Analysen“ von Friedrich Wendel wird an anderer Stelle berichtet werden. F. Sch. er in Wiesbaden von dem Lärmabnahmehaus aus unter dem Vorbehalt

EIN EREIGNIS FÜR BERLIN

Die neuen Hess-Schuh-Geschäfte für schöne Schuhe zu Einheitspreisen: Damen RM. 16,60 Herren RM. 18,80

An den neuen Hess-Schuhen wird Ihnen sofort auffallen: eine Eleganz und Vornehmheit des Stils, die man sonst nur bei sehr teuren Schuhen findet, und eine Qualität, die

zu diesem Preise nur durch die vereinfachten Fabrikations- und Verkaufsmethoden der Hess-Schuhfabrik erreicht werden konnte. Mag sein, daß Sie ähnliches schon früher gehört haben, doch an dem Hess-Schuh werden Sie auf den ersten Blick erkennen, daß hier Tatsachen sprechen. 50 Jahre Fabrikations-Erfahrung der Hess-Schuhfabrik führten zu der Verwirklichung dieser neuen, gesunden Verkaufsidee.



Eröffnung Donnerstag, 17 April 10 Uhr vorm.

Die geschmackvolle Ausstattung der neuen Hess-Schuh-Geschäfte entspricht der hohen Qualität der schönen Hess-Schuhe.



Hess „... SIE Schuhe

Die ersten Hess-Schuh-Geschäfte

- Kurfürstendamm 220 Friedrichstr. 89/89a Jerusalemstr. 15 (Uly G. m. b. H.)
- Warschauerstr. 31 Kottbusser Damm 76 Schöneberg, Hauptstr. 20 (Fasan)
- Reinickendorferstr. 33 (Fuchs) Blücherstr. 6 (Erbels) Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 38 (Tworoger)

Es werden weitere Geschäfte eröffnet!



PALMA ein grazioser Schuh in echt Cherrreux und Nubuck-Leder.

RM. 16,60

HASSO ein eleganter tabakbrauner Boxcall-Schuh mit Doppelaohle.

RM. 18,80

VERLIEREN NICHT IHRE FORM!

Gutes Jahr der Arbeiterbank.

Trotz allgemeiner Stagnation bei Wirtschaft und Banken.

Das Jahr 1929 war im allgemeinen für die deutschen Banken schlecht. Der Rückgang der Konjunktur, die Ungewissheit während der Reparationsverhandlungen, die allgemeine internationale Geld- und Kapitalverengung, der Zusammenbruch der New-Yorker Börse haben das Wertpapiergeschäft der deutschen Privatbanken vollständig zum Erliegen gebracht und darüber hinaus die Kreditgewährung kaum weiter entfalten können. Demgegenüber kann die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G., unsere deutsche Zentralbank der freien Gewerkschaften, auch mit dem vergangenen Jahre sehr zufrieden sein. Die Arbeiterbank will ein sorgfältiger Treuhänder für das bei ihr gesammelte Arbeitervermögen sein; sie hält sich infolgedessen der Spekulation fern, sie arbeitet nicht mit ausländischen Geldern, sie fördert nur öffentliche und wirtschaftliche Interessen der Arbeiterklasse. Das weiß man in den breiten Massen des Volkes immer deutlicher. Ohne auch nur entfernt die volle Werbungskraft schon entfaltet zu haben, kann die Arbeiterbank im Jahre 1929 auf einen neuen Aufstieg zurückblicken, der eigener Kraft und — auch bewußter vorsichtiger Zurückhaltung vor einem allzu schnellen Expansionsstempo zu danken ist.

Entwicklung 1924 bis 1929

	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Stammkapital	0,75	4,00	4,00	4,00	12,00	12,00
Reserven	—	0,10	0,20	0,65	1,10	1,70
Einlagen laufend	3,04	8,10	15,41	21,59	32,90	39,81
betrifft	5,47	13,11	20,78	57,52	84,30	129,37
Gesamte Einlagen	9,41	21,21	36,14	79,11	117,20	163,18
Gewährte Kredite	4,79	12,60	16,11	42,05	62,29	95,47
Wechsel u. unverzinsl. Scheckanweisungen	0,26	1,61	3,98	5,53	8,93	6,06
Wertpapiere	0,38	2,13	3,63	6,80	11,99	13,13
Kasse und Guthaben bei Banken	5,13	9,17	17,30	30,78	51,60	60,95
Umsatz	175,60	448,00	716,00	1350,00	2036,00	2787,00

Gewinnrechnung 1924—1929

	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Einnahmen 229 061 505 360 1 468 974 2 015 181 2 821 156 4 436 653						
Umfloß u. Steuern	80 505 306 463	616 001	1 130 332	1 750 648	2 366 850	2 366 850
Reinvermögen 139 533 200 953 878 026 903 875 1 060 508 2 109 802						
Dividende	10%	10%	10%	10%	10%	10%

Wie unsere Tabelle zeigt, wurden auch im Jahre 1929 die Geschäfte stark erweitert. Die gesamten Einlagen sind weiter von 117 auf rund 163 Millionen Mark gestiegen; ein außerordentlich beachtliches Ergebnis angesichts der Tatsache, daß zum mindesten die inländischen Kreditoren bei allen deutschen Privatbanken eher einen Rückgang als eine Steigerung aufzuweisen hatten. Besonders erfreulich ist es, daß die eigentlichen Spareinlagen in noch schnellerem Tempo gewachsen sind als die Gesamtsumme der fremden Gelder. Dem entspricht es, daß trotz der absoluten nicht unbedeutlichen Zunahme der gewerkschaftlichen Einlagen der Anteil dieser Einlagen an der Gesamtsumme proportional weiter zurückgegangen ist. Die Zahl der geführten Konten hat sich von 48 000 auf 66 661 erhöht. Die Liquidität der ganz kurzfristig der Arbeiterbank anvertrauten Gelder (rund 40 Millionen) sind innerhalb jeden Tages fällig) hat sich gegenüber dem Vorjahr noch verbessert. Der Umsatz der Arbeiterbank ist weiter gewachsen, und zwar von 2,04 auf 2,79 Milliarden Mark.

Der Hauptbetrog dieser rund 163 Millionen Einlagen ist natürlich in laufenden Krediten angelegt, und zwar im Betrage von 95,5 Millionen gegen 62,3 Millionen im Vorjahr. Wie schon im vergangenen Jahr, so wird auch jetzt der Deffizienten für jetzt, an welcher Stelle und in welchem Verhältnis diese Kredite ausgeteilt sind. Darüber folgende Aufstellung:

Kredite waren gewährt jeweils am 31. Dezember

	1928	1929
In Prozenten		
An öffentlichen Institutionen	43,69	55,60
und zwar an: Staatl. Stellen	4,22	3,63
proving Stellen	5,90	3,00
komm. Verbände	27,29	44,39
komm. Wirtschaftsbetr.	4,20	3,74
Soz. Verlich-Institute	2,08	1,84
An Betriebe u. Organisations der Arbeiter	53,58	39,33
und zwar an: Bauernorganisations	23,64	28,01
Bauproduktionsbetriebe	1,16	2,34
and Produktions- und Verteilungsbetriebe	28,78	8,98
An sonstige Kreditnehmer	2,73	4,07

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß in der Tat öffentliche Stellen, und zwar in erster Linie Kommunen, sowie die Eigenbetriebe und Organisationen der Arbeiterschaft, und zwar in erster Linie Baugenossenschaften, die Hauptkredit-

nehmer der Arbeiterbank sind. An andere Stellen waren insgesamt Ende 1929 nur 4,07 Proz. der ausgeteilten 95 Millionen Mark begeben. Selbstverständlich, daß die Arbeiterbank auch den Wohnungsbau weiter gefördert hat. Im Wege des Zwischenkredits wurden 10 117 Wohnungen von der Arbeiterbank finanziert. Die Gesamtsumme der flüssig gehaltenen Mittel der Arbeiterbank ist von 51,6 auf 60,1 Millionen Mark gestiegen, ohne die Wechsel und unverzinslichen Scheckanweisungen, die von 3,9 auf 6,1 Millionen, ohne die Wertpapiere, die von 12,0 auf 13,1 Millionen erhöht sind. Dabei ist zu beachten, daß das Portefeuille der Wertpapiere fast 100 Prozentig aus besten festverzinslichen Effekten besteht, die hoch beleihbar sind und ein Kursrisiko durch die Art ihrer Auswahl und Bewertung nicht in sich schließen. Die laufend gewährten Kredite sind mit fast 100 Proz. noch besonders gedeckt. Im Jahre 1929 waren effektive Verluste aus den laufenden Geschäften, die an sich in jedem Bankgeschäft kaum vermeidbar sind, in einem irgendwie nennenswerten Umfang überhaupt nicht abzuzeichnen.

Erfreulich ist auch die Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Zinseinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr von 1,71 auf 3,03, die Einnahmen aus Provisionen von 0,73 auf 1,03, sonstige Einnahmen von 0,32 auf 0,33 und die Gesamteinnahmen (einschließlich des Vortrages) von 2,82 auf 4,46 Millionen Mark gestiegen. Demgegenüber sind die Handlungskosten von 1,36 auf 1,97 Millionen angewachsen, die Summe der gezahlten Steuern ist — nach im Jahre 1928 geleisteten Vorauszahlungen — von 0,40 auf 0,37 Millionen gesunken, und der Reingewinn hat sich mit 2,11 gegen 1,06 Millionen im Vorjahre fast verdoppelt. Aus diesem Reingewinn werden an die gewerkschaftlichen Aktieninhaber, wie schon immer seit 1924, zur Stärkung des Gewerkschaftsvermögens wieder 10 Proz. Dividende auf das volle Aktienkapital von 12 Millionen Mark verteilt. Den offen ausgewiesenen Reserven werden außerdem neue 600 000 Mark zugewiesen, so daß für 1930 die offenen Reserven mehr als 20 Proz. des Kapitals erreichen. Die Tendenz der offenen Reservevermehrung ist begrüßenswert, da die wachsende Nachfrage der Arbeiterbank eine entsprechende Höhe des Eigenkapitals auch bei den Reserven verlangt.

Unter den Filialen hat die neueröffnete in Bochum sich besonders günstig entwickelt. Das Jahr 1929 brachte bisher nur eine Fortsetzung des Aufstiegs.

Auch der wichtigsten Beteiligung der Arbeiterbank, der Hannoverischen Bodenkreditbank in Hildesheim, ist es 1929 und 1930 gut gegangen: Sie hat 12 Proz. Dividende erwirtschaftet, hatte unter den deutschen Hypothekendarlehen 1929 den größten prozentualen Geschäftszuwachs im Umlauf und hat 1930 ihre Emissionsstände ausverkauft. Den wohnungsbauwirtschaftlichen und kommunalen Finanzierungsinteressen konnte die Arbeiterbank durch diese „Tochter“ wachsende große Dienste leisten.

Der öffentlich bekanntgegebene Vorstandsbericht vermahnt sich nachdrücklich

gegen jene Pessimisten.

die 1929 als ein Jahr ausgesprochener Krise bezeichnen: Produktionslücke, Außenhandel, die mit der Kopfstellung gestiegene industrielle Leistungsfähigkeit, in dieser Richtung zweifellos vorhandene Rationalisierungsfortschritte sprechen dagegen. Mit Recht wird das Unbedauerliche der Reinerwartung unterstrichen: „Volkswirtschaftlich bedauerlich ist es, daß diese Rationalisierung sich keineswegs in einer entsprechenden Senkung der Preise ausgedrückt hat. Die Preisentwicklung zeigt vielmehr, daß lediglich dort, wo eine Durchorganisierung der Wirtschaftszweige nicht erfolgt ist, also vor allen Dingen bei den Verbrauchsgüterindustrien, die Preise sich dem Konjunkturaufschwung angepaßt haben, während bei den organisierten Wirtschaftszweigen die einer Gesamtregelung unterworfenen Preise dauernd im Anstieg sind.“ Daß die Depression einen kritischen Charakter annehmen konnte, ergab sich nicht aus innerwirtschaftlichen Faktoren, sondern aus der besonders starken Störung der Kapitalzufuhr, die durch ungewöhnliche Haltung der Beratungsstelle noch zusätzlich verstärkt wurde. Auch kam es durch Fehlverwendung eingeleiteter Kapitalien selbst, da auch die Entwicklung der Konsummöglichkeiten keine Rücksicht genommen wurde, vielfach zu einer Fehtrationalisierung.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G. wird weiter ihren Weg machen. Sie braucht um Ausdehnungsmöglichkeiten nicht bange zu sein. Diese Möglichkeiten sind kaum abzusehen; für ihre Ausdehnung in der Zukunft ist durch die vorsichtige Politik in der Vergangenheit die beste Vorarbeit geleistet worden. Die Arbeiterbank kann und darf deshalb jetzt auch stärker daran gehen, ihre volle Werbekraft zum Ausbau ihrer Machtposition einzusetzen. Der Kampf gegen die Kommunen und der neue Kurs gegen die Arbeiterschaft verlangt eine finanzielle Stärkung der Arbeiterklasse.

Die Patentgesetzreform.

Mehr Gerechtigkeit dem Erfinder.

Patentanwalt Georg Neumann schreibt uns: Am Rechtsauschuss des Reichstags wird bald die Beratung der Patentgesetzreform erfolgen, von der die meist in wirtschaftlicher Bedrängnis lebenden Erfinder hauptsächlich folgende Verbesserungen erwarten:

1. Die Herabsetzung der Patentgebühren von ihrer jetzigen, 7120 M. betragenden Höhe, die den Armen erdrückt, unter schneller, grund- und rücksichtsloser Wiederentziehung des mühsam und unter Opfern erworbenen Patentschutzes. Da Amerika für den mindestens 17 Jahre währenden Patentschutz nur etwa 175 M. fordert, so müßte auch für Deutschland die Patentgebühr mindestens auf die vom einstweiligen Reichswirtschaftsrat vorgeschlagene Höhe, nämlich 1045 M. (verteilt auf 18 Jahre) ermäßigt werden.
2. Den Anspruch auf den Patentschutz darf künftig nur der Erfinder oder sein Erbe haben; eine alte Forderung, die jetzt auch vom Reichswirtschaftsrat anerkannt wurde, und für die Amerika ebenfalls das Vorbild ist, wo dieser ausschließliche Anspruch streng durch die Bestimmung gewahrt wird, daß jeder Patentanmelder durch einen Eid sich als der Erfinder der angemeldeten Erfindung ausweisen muß.
3. Zu streichen ist die seit 1891 durch § 28, 3. Satz gemordene Bestimmung, betr. die sogenannte „Präklusivfrist“. Sie erschüttert das Fundament des Patentschutzes, der nur neuen

Erfindungen gebührt. Wo dennoch einmal eine alte Erfindung patentiert wurde, da soll nach einer in der ganzen Welt geltenden Vorschrift das zu Unrecht erteilte Patent wieder vernichtet werden können, da allgemein bekannte Erfindungen nicht mehr zum Eigentum eines Patentanmelders werden dürfen. So wurden auch in Deutschland manche Patente als zu Unrecht erteilt erkannt und im Klagewege vernichtet. Aus Verdrub hierüber forderte und erreichte 1891 die industrielle Blutostrale unter dem Titel „Präklusivfrist“ eine Bestimmung, nach der Patente, auch wenn ihr Inhalt längst bekannt, ihre Erteilung daher irrig und rechtswidrig war, unvermeidbar bleiben sollten, sobald 5 Jahre seit ihrer Erteilung verstrichen sind.

4. Ueber die Erteilung des Patentschutzes entscheiden bisher zwei Instanzen: die Anmelde- und die Beschwerdeabteilung des Patentamtes. Da die Entscheidungen oft großen Einfluß auf Wirtschaft und Industrie haben, wirkt das Fehlen einer dritten Instanz wie eine Beschränkung des Rechtsweges, die jedoch nur den um die Patenterteilung kämpfenden Erfinder trifft. Ihre Hinterziehung ist in vier Instanzen möglich: in der Anmelde-, der Beschwerde-, der Richtighkeits-Abteilung des Patentamtes und zuletzt am Reichsgericht. Verlagen Anmelde- und Beschwerde-Abteilung die Patentierung, was gelegentlich mit aufsehenswerten Gründen geschieht und zu ernstlichen Erschütterungen der wirtschaftlichen Existenz des Erfinders führen kann, so muß er sich entscheiden; dagegen bei gewöhnlichen Rechtsstreitigkeiten gegen die Verhängung in zwei Instanzen noch die Revision in dritter Instanz möglich ist, die daher auch dem Patentanmelder nicht länger vorenthalten werden darf.

Ausfuhr bleibt stark.

Im März 170 Millionen Ausfuhrüberschuß.

Das wichtigste Kennzeichen für die jetzt veröffentlichte März 1929 Handelsbilanz im Monat März ist, daß die deutsche Ausfuhr trotz der weiterhin verschlechterten Konjunktur auf dem Weltmarkt ihren hohen Stand behauptet hat. Während die Einfuhr mit 883,6 Mill. sich gegenüber dem Februar nicht verändert hat, stieg die Ausfuhr um rund 80 Mill. auf 1104 Mill. Mark. Da der Monat März drei Arbeitstage mehr zählte als der vorhergehende Monat, ist die Ausfuhr, auf den Arbeitstag umgerechnet, nahezu unverändert geblieben, während sich bei der Einfuhr arbeitstägig eine Senkung um annähernd 10 Proz. ergibt. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß, wie in den beiden vorhergehenden Monaten, auch die Einfuhrkoeffizienten des März infolge des noch nicht getätigten Zollabrechnungsvorgangs um etwa 50 Mill. höher liegen. Der Ausfuhrüberschuß beläuft sich danach im Berichtsmonat auf 170 Mill. und für das abgelaufene erste Vierteljahr 1930 nach Berücksichtigung der durch die Zollabrechnungen erforderlichen Korrekturen auf rund 230 Mill. Mark.

Warengruppen	Einfuhr 1930		Ausfuhr 1930	
	März	Jan./März	März	Jan./März
1. Lebende Tiere	9 181	26 157	3 492	8 539
2. Lebensmittel und Getränke	213 208	672 897	46 248	136 420
3. Rohstoffe und halbfertige Waren	402 417	1 651 459	230 748	693 084
4. Fertige Waren	167 464	509 546	833 476	2 381 597
Reiner Warenüberschuß davon Reparationsleistungen	883 610	3 169 909	1 103 542	3 222 640
			61 230	184 623

Der wichtigste Posten der deutschen Ausfuhr, der Fertigwaren-Export, befreit sich diesmal fast ausschließlich den Zuwachs der Ausfuhr. Da die Kaufkraftfähigkeit des Weltmarktes besonders für Maschinen infolge der allgemein verschlechterten Wirtschaftslage stark nachgelassen hat, gewinnt die Höhe des deutschen Fertigwaren-Exports eine besondere Bedeutung. Entgegen den ständigen Behauptungen der Unternehmer, daß der Lohnstand und die Abgaben in Deutschland ihre Exportfähigkeit drückten, ist also der Anteil der deutschen Exportindustrien an dem gesunkenen Weltabgab weiter gestiegen. Insgesamt ist im März die Fertigwarenausfuhr um 77,6 auf 833,5 Mill. gewachsen. Auf den Arbeitstag umgerechnet, entspricht die Fertigwarenausfuhr fast genau dem Stande des Februar.

Die auf der gleichen Höhe gebliebene Einfuhrmenge stellt dagegen, wieder auf den Arbeitstag umgerechnet, ein tatsächliches Sinken des deutschen Imports im März dar. In erster Linie ging der Einfuhrückgang zu Lasten der Lebensmittel, deren Import sich um 20 Mill. verringerte, während die Rohstoffeinfuhr gegenüber dem Februar wohl absolut gleichgeblieben ist, arbeitstägig jedoch eine Verringerung aufweist.

Gegenüber dem März vergangenen Jahres mit einem Einfuhrwert von 1023,4 und noch mehr gegenüber dem März 1928 mit 1229,2 Mill. Mark Einfuhrwert weist der Warenimport im Berichtsmonat allerdings einen großen Tiefstand auf, jedoch wäre es falsch, daraus besondere Schlüsse auf den Grad der wirtschaftlichen Depression in Deutschland zu ziehen, weil bei diesem Vergleich die sehr stark gesunkenen Rohstoffpreise in der Welt zu berücksichtigen sind.

Ungünstiger Reichsbahnverkehr.

Nur schwache Belebung im März.

Die Entwicklung des Güterverkehrs auf der Reichsbahn blieb im Monat März weit hinter den Erwartungen zurück. Gegenüber dem Februar erhöhte sich die arbeitstägliche Wagenstellung nur von 124 551 auf 131 300 Wagen. Gegenüber den beiden Vergleichsmonaten im Vorjahr und im Jahre 1928 ergab sich im März k. J. ein Minderbedarf an Güterwagen von 18 000 bzw. 19 400 Wagen. Die Wirtschaftsdpression hat also auch für den Reichsbahngüterverkehr einen starken Rückschlag gebracht.

Der Personenverkehr hat sich im Berichtsmonat zwar belebt, erreichte jedoch nicht den Stand des Vorjahres, was ganz zweifellos mit den höheren Fahrpreisen zusammenhängt, die die RWE bei ihrer verringerten Kaufkraft zu Einschränkung der Reisefähigkeit zwingt. Herr Dr. Müller sollte aus dieser Entwicklung lernen und nicht das Arbeitsmittel für die Befähigung der Finanzschwierigkeiten bei der Reichsbahn in dem mechanischen Anziehen der Tarifschraube suchen.

Die Einnahmen für den Monat Februar werden mit 340 Millionen ausgewiesen. Die Ausgaben stellten sich auf 379 Millionen, so daß sich der Einnahmefall in den beiden ersten Monaten dieses Jahres nach der Berechnung der Reichsbahn auf 55 Millionen stellt. Wie der Bericht hinzufügt, habe die Reichsbahn auf der Ausgabeseite Sparmaßnahmen auf dem Personal- und Sachgebiet einleiten müssen, wodurch insbesondere die Betriebs- und Verkehrsleistungen dem gesunkenen Verkehr angepaßt werden sollen. Nähere Angaben über diese Maßnahmen fehlen jedoch.

Gegen den Eisenwucher!

Die Blech verarbeitende Industrie ist erfreulicherweise nicht gewillt, sich widerstandslos dem Diktat des neuen Feinblechpreises zu unterwerfen. Dieses soeben erst gegründete neue Eisenpreiskomitee hat, wie wir bereits berichteten, innerhalb 24 Stunden die Feinblechpreise von 165 auf 172 M. heraufgesetzt. Gegen diese Maßnahmen werden die Verbände der Blechverarbeiter gemeinsam vorgehen.

Es ist weiter damit zu rechnen, daß auch die Arbeitsgemeinschaft der Eisen verarbeitenden Industrie (Aei) zu der Preisaktion des Feinblechpreises Stellung nehmen wird, da hiervon ja nicht allein die Blechverarbeiter getroffen werden. Ein Vorgehen der Aei ist um so eher zu erwarten, als sie ein starkes Interesse daran hat, sich ihr Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Eisenpreise nicht beschneiden zu lassen.

Statistik der industriellen Ausfuhr Deutschlands 1925 bis 1929. Unter obigem Titel ist jetzt vom Reichsverband der deutschen Industrie eine Untersuchung herausgegeben, die einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Ausfuhr von der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart gibt. Die Statistik erstreckt sich auf 40 Länder und berücksichtigt alle industriellen Warengruppen. In dem allgemeinen Teil sind Tabellen über Deutschlands Stellung im Weltmarkt der deutschen Außenhandels nach Erdteilen, Ländern und Warengruppen, sowie über die Reparationsleistungen enthalten. Die Schrift kann beim Reichsverband der deutschen Industrie bezogen werden.

Die dänische Arbeiter-Landesbank, die von den dänischen Gewerkschaften gegründet und betrieben wird, hat im letzten Jahr einen Ueberschuß von 483 000 Kronen erzielt. Es wurde beschlossen, das Aktienkapital von drei auf vier Millionen Kronen zu erhöhen.

Das Urbild des Julien Sorel

Frankreich rüstet zu einem literarischen Jubiläum, das diesmal nicht einem Dichter, sondern einem Buche gilt: in diesen Wochen ist ein Jahrhundert vergangen, seitdem Stendhals berühmtester Roman „*Rat und Schwarz*“ vollendet ward, einen Verleger fand und in die Druckpresse ging. Das Werk, das zu den bedeutendsten Schöpfungen nicht nur der französischen, sondern auch der Weltliteratur gehört, hat längst in Uebersetzung auch in Deutschland seinen Weg gemacht, weil es nicht nur eine Gipfelleistung psychologischer Tiefseeforschung darstellt, sondern auch einen lebenswahren Ausschnitt aus der Brodinggesellschaft der Restaurationszeit umschließt. Weniger bekannt dagegen ist, daß die äußere Handlung des Romans, wie bei Flauberts „*Rabame Bovary*“, vom Dichter getreu nach der Wirklichkeit durchgepaßt wurde; das Stoffliche stammt aus dem Gerichtsbericht, das Sottische von Stendhal.

Der Julien Sorel, um den sich der Roman dreht, hieß in Wirklichkeit Antoine Berthelet und war ein Hufschmiedsohn aus dem Dorfe Brangues im Departement Isère. Zart, schwächlich, träumerisch, aufs Lesen verfallen, taugte er wenig zu dem Muskelberufe seines Vaters, aber da der Drisgeistliche seine ungewöhnlichen geistigen Anlagen erkannte, nahm er sich des Knaben fördernd an. Ruffet hat einmal geschildert, wie in der Epoche nach Revolution und Napoleon allen aufstrebenden Kugeln aus dem Bauern- und Kleinbürgertum das erbarmungslose Gebot entgegenklang: Werdet Priester! Auch für den jungen Berthelet gab es, da er weder zur begüterten noch zur herrschenden Schicht zählte, keinen anderen Ausweg: er mußte Priester werden. 1818 trat der fünfzehnjährige in das kleine Seminar von Stendhals Geburtsstadt Grenoble ein, aber ob er auch Vorgesetzten und Mitschülern sanft und unauffällig erschien, so brannte doch die Flamme unbestimmter Sehnsucht in seiner Brust und ließ ihn in den kleinen Vellen und stillen Gängen der Kleriker-Pflanzenschule nicht zur Ruhe gelangen. Unfertig in jedem Sinne des Wortes kehrte er unter dem Vorwande zerrütteter Gesundheit nach vier Jahren geistlichen Studiums in die Heimat zurück.

Da der Vater Berthelet nicht daran dachte, einen Herumlungerer durchzufüttern, erwirkte er für Antoine in der gleichen Gemeinde eine Hauslehrerstelle bei der Familie Michoud. Der nur in aller Buchweisheit beschlossene Seminatist trat hier in einen ganz neuen Lebenskreis ein, denn die Michouds fühlten sich als Teil der Frankreich beherrschenden Schicht. Der Hausherr war ein wohlhabender Bourgeois, der den Bandedelmann herausdick; mit Borliebe berief er sich auf den Vetter Gerichtsrat in Grenoble, der bald in der Pariser Kammer unter den Befehlgebern des Landes sitzen sollte. Aber das Herz schlug Antoine bis zum Hals hinauf, als er Madame Calatia Michoud im Saubere ihrer fraulichen Reize vor sich sah, und auch die vermählte Dame blickte mit angenehmer Bewunderung auf den neuen Hausgenossen, der nicht, wie erwartet, An linkscher Dorfstöpel war, sondern mit dem edlen Schnitt des biederlichen Gesichts und dem Feuer der dunklen Augen wie ein junger Heiliger der Legende wirkte. Nach ehelichen und unerlöschlichen Geschehen fanden sich die fünfundsiebzigjährige und der zwanzigjährige.

Fünfzehn Monate voll heimlicher Süße — dann kehrte, da auch der Ehrgeiz in seiner Seele bohrt, Antoine in das Seminar, diesmal nach Bellan, zurück. Aber unerträglich nach war es als in den Jahren 1818 bis 1822: die Mauern des alten Konvikts drohten ihn zu ersticken, und Sehnsucht nach der toller denn je Begehrten, rief ihn im August 1825 nach Brangues zurück. Katastrophe, Zusammenbruch, Bestattung, da — zwei Jahre Trennung sind eine lange Zeit — Madames Blick ihn nur kühl streifte, und er überdies unterm Dache der Michouds einen Medizinstudenten gewahrte, der sein Nachfolger nicht nur beim Unterrichte der Kinder zu sein schien. Dieser Tag warf Berthelet für immer aus dem weltlichen Melchior. Wie vor sich selber auf der Flucht, klopfte er noch einmal an das Tor des Priesterseminars, aber der ferne sündigen Beziehungen zu einer Frau befehle, war nicht mehr würdig des Priesteramtes. Sein Vater jagte ihn mit Stockschlägen von der Türe. Eine Hauslehrerstelle auf dem Schlosse von Cordon, wo er eines Abends unter Mond und alten Parkbäumen mit dem Fräulein Schwilze tauschte, blieb Episode. Auch als Erzieher im Hause eines Notars ward er der inneren Rastlosigkeit nicht Herr. Täglich gewann der Bahngedanke mehr Macht über ihn, er müsse die verlorene Geliebte, die auf Erden ein Ball fremder Menschen von ihm absperrte, vor Gottes Richterstuhl laden und dort Rechenschaft befragen für sein Leben, das ihr verfallen war. Am Sonntag, dem 22. Juli 1827, sieht er sie in der Kirche von Brangues im Gebet knien, richtet die Pistole auf sie, drückt ab. Doch er verwundet sie nur, wie auch die zweite Kugel, bestimmt, ihn selber zu töten, ihm lediglich die Kinnlade zerschmettert. Er wird sofort verhaftet.

Auf die Kunde des ungewöhnlichen Ereignisses hin nahm alles in hitzigem Eifer und Wider Partei. In dieser bleiernen Zeit, da die Gewalt der ronalistischen Ultras und der allmählichen Jesuiten jede Regung des öffentlichen Lebens erstikte, wurde die Liebes- und Kriminalaffäre fast zur politischen Angelegenheit. Da die Michouds zu den berühmtesten Plebeern von Thron und Altar in der Provinz zählten, und Madame Calatia der angesehensten Familie des Kantons entstammte, tat die Gerichtsbarkeit verständnisvoll alles, ihre Gefühle und ihren Ruf zu schonen. Die Untersuchung stellte keine unartigen Fragen, und das Schouurgericht zu Grenoble verzichtete, da sie Krankheit vorschützte, großmütig auf ihr Zeugnis. Den Geschwornen aber lang aus der selbstherrlichen Verteidigungsrede des Hufschmiedsohnes die Revolts eines Plebeiers gegen die überliefernten und anerkannten Rechte heraus. So setzte es für ein Vergehen, das bei den tausend milderen Umständen dem Täter heute ein paar Monate Gefängnis eintrüge, ein Todesurteil.

Nicht wenige Bitten um Gnade flogen Karl X. zu, aber das, was sich die Gesellschaft nannte, wollte Rache an einem Eindringling. Am 23. Februar 1828 starb Antoine Berthelet auf dem Schafott, freilich nur, um zwei Jahre später, da Stendhal den Prozeß mit leidenschaftlicher Teilnahme verfolgt hatte, als Julien Sorel zu literarischer Unsterblichkeit aufzuerstehen.

Hermann Wendel

Franz Jost: Onkel Alfred

Onkel Alfred war I. u. I. Oberst, A. u. I. Oberst o. D. Früher stand er als Oberstleutnant beim Train. Aber er unterschied sich ganz wesentlich von seinen früheren Kameraden. Er war ausgesprochen Antimilitarist.

„Was zwei Gründen haben wir den Krieg verloren. Erstens hat man mich bei den wichtigsten Ereignissen nicht um Rat gefragt und zweitens sind wir alle zu grob mit der Mannschaft gewesen. Hätte man die Leute mit „Mein Herr“ angesprochen, mit doppelter Freude und Heldenmut hätten sie sich dann toteschießen lassen!“

Höflichkeit predigte er nun immer und ewig. Zu Hause und auf den Straßen. In allen passenden und unpassenden Gelegenheiten.

So fuhr er eines Tages mit Tante Eufriede auf der Stadtbahn. Linie 22 nach Hiltedorf. In Hiltedorf stieg der Schaffner, wie es seine Pflicht war: „Alles aussteigen!“

Onkel Alfred und Tante Eufriede stiegen aus. Onkel Alfred setzte auf den rufenden Schaffner zu. Der Beamte blieb mit einem Anflug von Zünnertrotz stehen, denn er war noch jung und war noch nicht ganz durchdrungen von der Wichtigkeit seines Amtscharakters und der Würdevolligkeit des Publikums.

Blieb also ruhig stehen. Onkel Alfred stellte sich vor: „Oberst von Jost!“ Erwartungsvoll wartete der Schaffner, was nun kommen würde. Er stand sozusagen habtaul. „Wissen Sie, junger Mann, warum wir den Krieg verloren haben?“

„Ach bin nicht dazu da, Rätsel zu lösen. Was wünschen Sie?“ „Hören Sie, erstens, ... das ist ja nichts zur Sache. Zweitens weil wir Offiziere nicht höflich genug zur Mannschaft waren. Hätten wir „Herr Gemeiner“ oder „Herr Infanterist!“ gesagt, die Kerle hätten sich mit Leidenschaft toteschießen lassen!“

Der Beamte glaubte es mit einem Verwundern zu tun zu haben und sah sich um Hilfe um. Tante Eufriede winkte ihm verstoßen zu, er möge Onkel Alfred gewähren lassen.

„Sie, junger Mann, sind auch nicht genugsam höflich.“ Sie schreien: „Alles aussteigen!“ und fertig. Das ist ein Befehl, mein Herr und dazu haben wir nicht den Militarismus überwunden. Könnten Sie nicht sagen: „Sehr geehrte Damen und Herren, der Zug ist bei der Endstation angelangt und ich ersuche die Herrschaften aufs freundlichste, die Waggons zu verlassen, sonst würden Sie zu Ihrer Ausgangsstation zurückbefördert werden und es könnte Ihnen passieren, daß Sie überdies Strafe zahlen müssen.“ Da ist es doch viel geheimer, Sie steigen hier aus!“ Damit wäre daselbe in höflicher Art und Weise erreicht.

Der Schaffner hatte einzuweichen, von Waggon zu Waggon gehend, die Türen geschlossen. Onkel Alfred war ihm im Eifer der Predigt gefolgt, dann fuhr der Zug zur Endstation zurück und der nächste kam in die Halle. Der Beamte hatte das Abfahrtszeichen, wie auch das Signal für freie Fahrt gegeben und scherte sich nicht um Onkel Alfred. Aber Onkel Alfred gab nicht nach, ihn verdroß das Interesse des Schaffners für die gleichgültigen Bahnangelegenheiten. Er stellte sich mitten aufs Geleise und sprach weiter. Tante Eufriede schrie auf, ein neuer Zug sollte in die Station. Der Schaffner packte Onkel

Alfred bei der Schulter und rief ihn wieder zum Bahnsteig. Dann schüttelte er ihn ein wenig und schrie ihn an: „Halte dich nicht auf! Dort ist der Ausgang!“

Onkel Alfred sah sich betroffen um. Der Beamte kümmerte sich nicht weiter um ihn, schrie um ein wenig unhöflicher sein „Kaalles aufsteigen!“ und schloß die Waggontüren, gab Abfahrts- und Einfahrtsignale.

Da nahm Onkel Alfred Tante Eufriedes Arm. „Komme“, sagte er und steuerte dem Ausgang zu. Er brauchte ihre Hilfe, denn der Schred war ihm in die Beine gefahren und hatte sein altes Zipperlein aufgeweckt.

„Alfred“, sagte Tante Eufriede energisch. Denn wenn Onkel das Zipperlein plagt, ist Tante Eufriede der Herr im Haus. Alfred, das war doch jamm von dir, warum hast du dem Schaffner einen so langen Bortrag gehalten. Stell dir nur vor, wieviel Zeit er verlieren würde, wenn er rufen wolle: „Sehr geehrte Damen und Herren, der Zug ist bei der Endstation angelangt und ich ersuche die Herrschaften aufs freundlichste, die Waggons zu verlassen, sonst würden Sie zu Ihrer Ausgangsstation zurückbefördert werden und es könnte Ihnen passieren, daß Sie überdies Strafe zahlen müssen.“ Da ist es doch viel geheimer, Sie steigen hier aus!“ Für fünf Minuten würde jeder Zug länger in der Station bleiben. Verspätungen, Zusammenstöße wären die Folge. . . .

Da fiel Onkel Alfred wieder in den militärischen Bechleiton und rief ihr zu: „Holt den Schnabel, alte Scharte!“ in so wütendem Tone, daß Tante sein Zipperlein und seine Wehrlosigkeit vergaß und erbittert schreie.

Seither ist Onkel Alfred hie und da wieder für Grobheit. Beförderer im Verkehr mit Tante und Stadtbahnchaffnern. Und mußte nur mehr einen Grund für den Verlust des Krieges, das war, daß man ihn nicht bei den wichtigsten Ereignissen . . . doch das habe ich ja am Anfang erzählt.

Alle 8 Minuten ein Auto

Die Berliner können also das Schachspiel genießen, alle acht Minuten einen Ford-Wagen vom Band abrollen zu sehen. Man sollte meinen — aber was meint man nicht alles! Diese rund 1800 Autos jährlich mehr als bisher — sind sie nicht zuviel für den kapitalstarken deutschen Markt? Bitte gehen Sie doch hinaus nach dem Westhafen, Sie werden dort nicht nur die Händler aus allen Teilen Deutschlands finden, die auf die Wagen warten wie auf reife Semmeln, sondern auch Käufer selbst. Ganz im Gegensatz zu den Gepflogenheiten deutscher Großstädte steht die Beschäftigung der Montagefabrik jedem frei. Die Rotoren werden aus Detroit bezogen, in Berlin erfolgt nur die Zusammenführung aller Teile.

Ford hat aber ein großes Gelände bei Köln erworben, unmittelbar am Rhein, wobei ihm die Stadt im Preise sehr entgegenkam, da sie auf lockende Anstellung für die vielen tausend Arbeiter hofft. Dort will Ford daran gehen, auch die Rotoren selbst herzustellen, um so von der billigen deutschen Produktionsmöglichkeit vollen Gebrauch zu machen.

Ein aussterbendes Zwergvolk

Die Inselgruppe der Andamanen in der Bai von Bengalen verdient, wie kaum ein anderer Winkel der Erde, den Namen der „weltvergessenen Inseln“, denn die Bewohner, dunkelhäutige, kraushaarige Zwerge, haben durch Jahrhunderte alle Fremden unnachgiebig getötet, und als die Engländer 1858 auf einer der Inseln eine Strafkolonie gründeten, war das auch kein Grund, um Fremde anzuziehen. Keine Kasse der Erde hat sich daher so lange abgeschlossen erhalten können, wie die Negritos, die schwarzen Zwerge der Andamanen, die noch eine große Anzahl eigenartiger altertümlicher Körpermerkmale aufweisen. Auf seiner Indierpedition hat Dr. Egon von Eickstedt diese weltvergessenen Inseln besucht und gefunden, daß diese Zwerge besser sind als ihr Ruf und ganz vertraulich werden, wenn man ihnen freundlich begegnet. Seine Erkenntnisse unter diesen Zwergstämmen, die zum Teil in den deutschen Besatzern die ersten Europäer sahen, schildert er in der Wochenschrift „Die Umschau“.

Zunächst ließ sich die Expedition an der Westküste der Insel Rutland nieder, auf einige Wochen ganz von der Außenwelt abgeschlossen. Man mußte alle Waffen weglegen, um das Vertrauen dieser Andamanen, die zu dem Stamme der Ongis gehörten, zu gewinnen. Sie ließen sich aber dann gegen Geschenke durch Blutuntersuchungen, Messungen, Stammbaumaufnahme und ähnliche Forschungen ein wenig quälen und waren stets freundlich und lebenswürdig. Die Ongis stehen noch auf der Stufe der Nomaden und leben unter Windschirmen in kleinen Hütten, die aber mit allerlei hübsch gefertigten Krügen ausgestattet sind. Besondere schmale Holzgefäße dienen dazu, das köstliche Schilbrötenstet auszunehmen, das sich jung und alt zu jeder Tageszeit mit einem Luftkettengel herauskost. Die Kinder besitzen alles, was die Erwachsenen haben, in Miniaturform, Bogen und Pfeile, auch Kelle, Körbe, Boote und die Tierhäute, die die Frauen als einzige Kleidung tragen. Sie sind ein feigiges Völkchen. Die Frauen bereiten mit den Jähnen das Rohr für die Matten vor, drehen Schnüre aus Bast und wähen die Matten, sie kochen, malen sich an, wärten die Kinder und raufieren den Männern mit Quarz- oder Glascherben das Pfefferornhaar ab. Die Männer sind den Tag über und oft auch während der Nacht auf der Jagd, für die sie ihre Ausgehboote einrichten und Harpunen verfertigen.

Besonders interessant sind die Tänze der Ongis. „Alle waren dabei“, erzählt der Verfasser, „mit langen weichen Baststreifen geschmückt. Beim Tanz um Arm und Kopf geschlungen, hoben sich die hellen, fröhlich platternden Bänder wirkungsvoll von den dunklen Körpern ab. Meist bilden Tänzer und Tänzerinnen eine lange Reihe, und beim Takt eines eintönigen Gesanges werden rhythmische Bewegungen ausgeführt, die schließlich das Paddeln oder Staken nachahmen. Die Männer klatschen mit den Händen bisweilen den Takt auf den Oberarmen, die Frauen mit den Fußspitzen auf das Gefäß. Dieses ist wegen seiner Größe dazu sehr geeignet. Auch Tänze, in denen Tiere nachgeahmt werden, Fruchtvorleits- und Rundtänze kommen vor. Immer ist jung und alt mit größter Begeisterung und stimmungsvoller Inermdlichkeit dabei.“

Die Expedition besuchte dann auch die Insel Klein-Andermann, ein äußerst entlegenes Eiland, das noch nie von europäischen Gelehrten betreten worden war. Da einige ihrer Ongi-Freunde sie begleiteten, war bald ein gutes Verhältnis mit den Einwohnern hergestellt, die zunächst sehr scheu waren. „Das sind dieselben Leute“, schreibt Eickstedt, „die noch bis vor kurzem jeden Fremden erschlugen, der an ihrer Küste landete, dieselben „blutdürstigen“ und wie es heißt, riesenhäutigen Menschenfresser, die während vieler Jahrhunderte der Schrecken der Seefahrer waren.“ Leider sterben diese freundlichen kleinen Menschen, von denen die Männer 148 und die Frauen 138 Zentimeter im Durchschnitt groß werden, allmählich aus. Auf Groß-Andaman ist die Kopfzahl von rund 8000 bereits auf etwa 120 zurückgegangen, von denen etwa ein Viertel noch dazu Mischlinge mit Sträflingen sind. Die einzige Möglichkeit, die so ungemein interessante Rasse noch für einige Zeit am Leben zu erhalten, wäre die Anlage einer Art „Schuyppart“ auf der weltvergessenen Insel Klein-Andermann.

Dürfen die Frösche quaken?

Manchen Leuten ist das Quaken der Frösche angenehm, anderen aber sehr zuwider, namentlich wenn sie es in unmittelbarer Nähe hören müssen. Da es nun sehr empfindliche Leute gibt, die sofort zum Rabi laufen, so haben die Gerichte sich schon bis in die höchste Instanz mit der Frage befaßt, ob jemand in seiner Nachbarschaft das Quaken von Fröschen dulden muß. Es gibt hierüber eine Entscheidung des Reichsgerichts in Band 42 S. 164 der Entscheidungen dieses Gerichtshofes. Das Reichsgericht unterscheidet zwischen künstlich angelegten Teichen und anderen Gewässern. Mit dem Halten künstlich angelegter Teiche ist die Anordnung von Fröschen und der von ihnen ausgehende Lärm als voraussetzliche Folge verbunden. Wird hierdurch der Eigentümer eines Nachbargrundstücks in einer das Maß des Gemeinüblichen, Gemeingewöhnlichen und Erträglichen überschreitenden Weise belästigt, so liegt nach Ansicht des Reichsgerichts ein ungebührlicher, weise erregter Lärm vor, weil der Teicheigentümer durch Ablassen des Wassers den Teich außer Tätigkeit setzen und auf diese Weise den Störenfried beseitigen kann. Ob auch bei natürlichen Gewässern eine solche Verpflichtung des Eigentümers besteht, hat das Reichsgericht nicht entschieden. Es wird bei einem natürlichen Wasserbehälter darauf ankommen, ob dem Eigentümer die Verpflichtung zur Reinhaltung des Wasserbettes in dem Umfange obliegt, daß bei Erfüllung der Verpflichtung eine übermäßige Ansammlung von Fröschen nicht mehr möglich ist. Wird dann die Verpflichtung zur Reinhaltung nicht erfüllt und kommt es hierdurch zu einer ungewöhnlichen Belästigung durch Froschlärm, so wird in diesem Falle der § 260, 11, des Reichsstrafgesetzbuchs, der berühmte Grob- und Ungehörigkeitsparagraf, der den Fröschen aber leider nicht bekannt ist, Anwendung finden.

Wirkung der Primel. Die Zimmerprimel (*Primula sinensis*) übt auf manche Menschen eine eigentümliche Wirkung aus. Während viele unbeschadet mit der Pflanze umgehen können, stellt sich bei anderen ein unangenehmer Hautausschlag ein, wenn sie der Behaarung dieser Pflanze zu nahe gekommen sind. Es scheint also die Behaarung der Blätter eines für empfindliche Haut wirksamen Öls zu sein. Aber nicht nur die Behaarung, sondern schon allein der Aushalt in einem Zimmer, wo solche Primeln stehen, kann bei besonders empfindlichen Menschen einen Ausschlag hervorrufen. Eine positive Erklärung für diese ins Gebiet der Allergien fallende Erscheinung scheint noch nicht gefunden zu sein.



Ueber Deutschland liegt immer noch ein Tiefdruckgebiet. Besonders ergiebige und anhaltende Regenfälle sind in Mittel- und Süddeutschland gefallen.

Wetterausichten für Berlin. Bewölkt bis trübe und noch einzelne leichte Regenschauer, aufkommende westliche Winde.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr. Berlin

Heute, Donnerstag, Treffpunkte für Osterfahrten: Kreuznitzer Platz 1: 19 1/2 Uhr Ostbahnhof Ostkreuznitzer Straße.

Freitag, Treffpunkte für Osterfahrten: Schönebrunn II: 5 1/2 Uhr Bahnhof Friedrichstraße.

Sonnabend, Treffpunkte für Osterfahrten: Kottbuscher Platz II: 30 1/2 Uhr Bahnhof Dönhofsplatz.

Borträge, Vereine und Versammlungen: Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schallstraße 37-38.

Die Opel-Ballonjagd. Zahlreiche Besucher hatten sich auf der Nordseite der Haus eingedrängt und nachdem etwa 100 kleinere Ballons sich auf die Reise begeben hatten, erhob sich der große gelbe Opel-Ballon.

Singer-Preiswettstreifen.

Um zu zeigen, welche Fülle von Möglichkeiten die Singer-Nähmaschine samt ihren Hilfsapparaten für geschickte Hände bietet, veranstaltete die Singer-Nähmaschinen A.-G. Preiswettstreifen.

Leiser-Filiale Schönhauser Allee.

Am Bahnhof Nordring, in der Schönhauser Allee 80, hat das Schuhhaus Leiser eine neue Filiale eröffnet.

Neue Groß-Schlinge bei Potsdam. Im Südwesten von Berlin, etwa 10 Kilometer von Potsdam, liegt das Rittergut Alt-Zimmerwald.

Die neue Schlinge bei Potsdam. Im Südwesten von Berlin, etwa 10 Kilometer von Potsdam, liegt das Rittergut Alt-Zimmerwald.

Die neue Schlinge bei Potsdam. Im Südwesten von Berlin, etwa 10 Kilometer von Potsdam, liegt das Rittergut Alt-Zimmerwald.

Die neue Schlinge bei Potsdam. Im Südwesten von Berlin, etwa 10 Kilometer von Potsdam, liegt das Rittergut Alt-Zimmerwald.

Die neue Schlinge bei Potsdam. Im Südwesten von Berlin, etwa 10 Kilometer von Potsdam, liegt das Rittergut Alt-Zimmerwald.

Large advertisement for 'Heute zu Tietz' featuring 'billige und gute Lebensmittel einkaufen' and 'Grosser Kuchenverkauf'.

Table with 2 columns: Meat products (Kalbskamm, Schweineschinken, etc.) and prices.

Table with 2 columns: Poultry (Hühner, Enten, Masthühner, Puten) and prices.

Table with 2 columns: Sausages and other products (Wurstwaren, Backartikel) and prices.

Table with 2 columns: Dairy and fats (Käse u. Fette) and prices.

Table with 2 columns: Fruits and vegetables (Obst, Gemüse) and prices.

Table with 2 columns: Fish and other goods (Fische, Räucherwaren, Kolonialwaren) and prices.